

SEIT
1946

2/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Kurze Zukunft –
kurze Politik**
Andreas Höferl

Machen wir was!
Irimi Tzaferis
und Senad Lacevic

**Die Kapelle
spielt weiter**
Ludwig Dvořák

Von Kreisky zu Kneissl
Kommentar von
Muna Duzdar



ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG

MAK

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 14Z040222 M, Nr. 2/2018

EDITORIAL

Die im Raum stehende Verschiebung des In-Kraft-Tretens der Neuregelung des Sachwalterschaftsrechts (Erwachsenenschutzgesetzes) aus »Kostengründen« erscheint in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Während Schwarz-Blau 120 Millionen bei der Mehrwertsteuer in die Hand nimmt, um die Gewinnsituation der Hotellerie zu verbessern – dass diese Steuersenkung bei den KonsumentInnen ankommen würde, behauptet nicht einmal die Wirtschaftsministerin – soll das Erwachsenenschutzgesetz wegen vorübergehenden Mehrkosten von 9,5 Millionen (die innerhalb von drei Jahren wegfallen sollen) verschoben werden. Das ist schon deshalb absurd, weil gerade die sehr niedrigen Mehrkosten sind, die beim Erwachsenenschutzgesetz der größte Wermutstropfen sind. Das Ziel des Gesetzes – die Autonomie von Behinderten und »psychisch« Kranken zu stärken – ist sicherlich wünschenswert. Doch wer krank oder behindert ist, hat nicht nur ein Recht auf ein autonomes Leben, sondern auch auf Schutz vor Übervorteilung in einem immer brutaler werdenden Wirtschaftssystem. Die massive Rücknahme der Einschränkung bei der Geschäftsfähigkeit bisher »Besachwalterter« müsste einhergehen mit einem noch viel deutlicheren Ausbau der Betreuung und der Unterstützung dieser Menschen. Es bräuchte ein viel engeres Unterstützungsnetz, nicht notwendigerweise nur durch AnwältInnen und NotarInnen, sondern auch durch SozialarbeiterInnen und gemeinnützige Vereine. Diese Unterstützung in angemessener Form und der gebotene rechtliche Schutz sind nicht zum Nulltarif, und wahrscheinlich nicht einmal um 9,5 Mio. Euro zu haben. Dass Schwarz-Blau schon das zuviel ist, sagt viel aus.

Ein anderes brennendes sozialpolitisches Thema steht an der Spitze dieser Ausgabe: **Wolfgang Moitzi** argumentiert, warum die **Finanzierung des Pflegeregresses** nur die Spitze eines Eisberges im Bereich der **Pflegepolitik und Pflegefinanzierung** ist. Wenn die Regierung schon damit überfordert scheint, ist das kein gutes Zeichen für die weit darüber hinausgehenden Herausforderungen.

Irini Tzaferis und **Senad Lacevic** stellen in ihrem Beitrag die parlamentarische BürgerInneninitiative gegen die Ab-

schaffung der **Aktion 20.000** und der **Notstandshilfe** vor, die sie mit anderen Einzelpersonen, Betriebsratskörperschaften und anderen Basisstrukturen ins Leben gerufen haben und mit der Website www.machenwirwas.at unterstützen.

Thomas Nowotny stellt einige grundsätzliche Überlegungen zum **autoritären Gehalt** des **schwarz-blauen Regierungsprogramms** an.

Ludwig Dvořák nimmt die **Wahl des neuen Parteichefs** des französischen Parti Socialiste zum Anlass, die **vier Kandidaten** und die **Herausforderungen**, vor denen der **PS** und die **französische Linke** stehen, näher vorzustellen.

Andreas Höferl stellt **Überlegungen** an, warum der **Politbetrieb** in immer **kürzeren Zyklen** zu denken und zu funktionieren scheint und welche **demokratiepolitischen Gefahren** die hinter dieser Tendenz stehenden Entwicklungen mit sich bringen.

Als Startpunkt für eine nähere und intensive Auseinandersetzung mit dem **neuen Parteiprogramm der SPÖ** in den nächsten Ausgaben der ZUKUNFT findet auch das **einleitende Analysekapitel des Diskussionspapiers zum** neuen Grundsatzprogramm Niederschlag in dieser Ausgabe.

Nach den **Buchtipps** zeichnet **Muna Duzdar** in der außenpolitischen **Kolumne** nach, warum die von der FPÖ betriebene **Überhöhung der neuen Außenministerin** als »neuer Kreisky« nicht nur als »Leichenfledderei« anzusehen ist, sondern auch inhaltlich völlig daneben liegt.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Sarah Borinato, Marianne Stålhös, Carina Stella,
ÄSTHETIK DER VERÄNDERUNG.
150 Jahre Universität für angewandte Kunst Wien, 2017
Foto: © Mario Ilić

- 6 Wer A sagt, muss auch
Pflegeversicherung sagen**
VON WOLFGANG MOITZI
- 12 Machen wir was!**
VON IRINI TZAFERIS UND SENAD LACEVIC
- 16 Wehret den Anfängen!**
VON THOMAS NOWOTNY
- 22 Die Kapelle spielt weiter**
VON LUDWIG DVOŘÁK
- 28 Kurze Zukunft – kurze Politik**
VON ANDREAS HÖFERL
- 36 Der Entwurf des neuen Parteiprogramms**
- 44 Buchtipps**
Sachliches
- 45 Von Kreisky zu Kneissl**
KOMMENTAR VON MUNA DUZDAR

Wer A sagt, muss auch Pflegeversicherung sagen

Das Herumlavieren der neuen Regierung bei der Finanzierung der Abschaffung des Pflegeregresses zeigt, dass diese Frage nur die Spitze des Eisbergs Pflegepolitik ist. Neben der aktuellen Finanzierungsfrage ist eine umfassende Pflegeversicherung für alle und deren nachhaltige Finanzierung die wirkliche politische Herausforderung.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste Sebastian Kurz im Juni 2017 beim Pflegeregress einlenken. Tatsächlich war es höchste Zeit, diese Demenzsteuer abzuschaffen. Der Vorschlag lag seit einem halben Jahr am Tisch. Dass es einen anstehenden Wahlkampf brauchte, um die Einsicht in eine sozialpolitische Selbstverständlichkeit zu erreichen, unterstreicht den Wert von Wahlen.

Der Druck der davon ausgeht, dass alle Menschen am Wort sind, und nicht nur die Eliten, hatte (vorübergehend) eine heilsame Wirkung auf die ÖVP, aber auch auf alle anderen Parteien. Kein Wunder, dass im neoliberalen Meinungskonsens als »Wahlzuckerl« denunziert wird, was die ureigenste Aufgabe von Politik ist: Die Lebensumstände von Menschen zu verbessern, die es nicht so leicht haben. Gerade bei der FPÖ wurde der Kontrast rasch sichtbar: Hatte sie vor der Wahl die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe mitbeschlossen, will sie jetzt die Notstandshilfe gleich zur Gänze abschaffen. Hatte sie vor der Wahl die arbeitsrechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten unterstützt, will sie nun an der Seite der ÖVP den 12-Stunden-Tag einführen und die Jugendvertrauensräte abschaffen.

Beim Pflegeregress hatten ÖVP und FPÖ allerdings bereits vor der Wahl eine seriöse Gegenfinanzierung in Form einer gerechten Erbschaftsteuer verhindert. Das war beim Sommerbeschluss zweifellos der Wermutstropfen. Ausgerechnet jene Parteien, die sonst über »böse Wahlzuckerl«, die es zu verhindern gelte, Klage führten, verweigerten ein seriöses Konzept der Gegenfinanzierung. Stattdessen setzten sie auf eine substanzlose Schlagzeilenforderung, die nach den Angaben der Sozialversicherung mehr kosten wird, als sie spart: die Fotos auf E-Cards.

Dabei hatte die Forderung nach einer Erbschaftsteuer zur Gegenfinanzierung die Vernunft für sich. Gerne wird in der aktuellen Diskussion nämlich ins Treffen geführt, dass die Abschaffung des Pflegeregresses sozial ungerecht sei, weil davon nur Menschen mit Vermögen davon profitieren können und dass nun die Erben der Betroffenen auf Kosten der allgemeinen SteuerzahlerInnen profitieren. Genau das hätte das SPÖ-Finanzierungsmodell verhindert: Die Erbschaftsteuer hätte nur die (äußerst großen!) Erbschaften ab einer Million Euro berührt, die Erben hätten also die Abschaffung des Pflegeregresses bezahlt. Anders als im bisherigen System hätten aber nicht jene Erben, deren Eltern am Ende ihres Lebens schwer erkrankt und pflegebedürftig waren, eine faktische Erbschaftsteuer von 100 % gezahlt, sondern hätte es einen solidarischen Ausgleich und eine Lastenverteilung gegeben.

ES GEHT UM MEHR

Die Spielchen beim Finanzierungsmodell zeigen, dass Kurz und viele andere die Dimension des Pflegeproblems nicht verstanden haben. Das zeigt sich nun auch beim medialen Hickhack um die von den Ländern und Gemeinden erstellten Kostenschätzungen. Denn von Anfang an hatten die Gemeinden und Länder angemerkt, dass nicht nur die erste Schätzung der unmittelbaren Kosten der Abschaffung des Pflegeregresses zu niedrig angesetzt waren, sondern dass diese Maßnahme auch Folgekosten auslösen wird. Dass die Nachfrage nach professioneller Pflegebetreuung steigen wird, wenn die Gefahr schwindet, dass die eigenen vier Wände verkauft werden müssen – das war absehbar.

Es nun den Angehörigen zum Vorwurf zu machen, wie dies in der Debatte teilweise passiert, dass diese die pflegebedürftigen SeniorInnen nun »ins Heim abschieben«, greift zu

kurz und erscheint unanständig. Es ist, gerade am Land, eine soziale Realität, dass die Familien kleiner werden, dass viele Junge wegziehen oder mit langen Arbeitswegen zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, an dem der Druck ständig steigt. Es ist für viele Familien nicht mehr möglich, die familiäre Betreuung zu gewährleisten – und steigen aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der vielfältigen Betreuungsbedürfnisse auch die fachlichen Anforderungen an die Pflege. Es nun den Frauen, die ja überwiegend die informelle Pflegearbeit leisten, zum Vorwurf zu machen, die Möglichkeit der professionellen Pflege ihrer Verwandten nutzen zu wollen, wirft ein zweifelhaftes Licht auf das sozialpolitische Gewissen dieser Regierung.

DIE GRÖSSTE SOZIALPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Die Pflege älterer Menschen ist – und das wird immer klarer – die mit Abstand größte sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre. Die Abschaffung der Demenzsteuer ist der erste, der Ausbau der mobilen Pflegedienste ein zweiter wichtiger Schritt. Doch es geht um noch mehr: In knapp zehn Jahren werden über eine Million ÖsterreicherInnen älter als 75 Jahre sein, bis 2050 wird sich diese Dynamik weiter beschleunigen, die Zahl der Pflegebedürftigen wird rasant steigen. Die 24-Stunden-Pflege trägt aktuell viel zur Entlastung des stationären Pflegesektors bei. Doch sie beruht darauf, dass wir anderthalb Augen vor Arbeitsbedingungen und -qualität überwiegend osteuropäischer Pflegekräfte zudrücken und trotz staatlicher Förderung NiedrigverdienerInnen von dieser Möglichkeit ausschließen. Wenn sich manche Experten darüber aufregen, dass der Pflegeregress nur den oberen Mittelstand entlaste und dazu führe, dass manche SeniorInnen nicht mehr dort gepflegt würden, wo sie am liebsten blieben – daheim – verwundert es, dass die gleichen Experten keinen Anstoß daran nehmen, dass nur Besserverdienende die Möglichkeit haben, eine 24-Stunden-Pflege in Anspruch zu nehmen.

Der wachsende Pflegesektor muss gute und stabile Arbeitsbedingungen bieten, nicht Lohndumping und Burnout. Hier geht es auch um die Qualität der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger. Pflege ist Schwerarbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird. Sie gehört anständig bezahlt, mit Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, die der großen Belastung angemessen sind. Für diese Aufgabe braucht es geeignete Strukturen und ausreichende finanzielle Mittel. Wie auch immer der jüngste Kollektivvertragskonflikt im Sozialbereich im Detail bewertet werden mag – die Warnstreiks

in diesem Sektor deuten darauf hin, welcher sozialpolitische Sprengstoff auf diesem Gebiet besteht und wie dringlich es ist, eine bundesweite, stabile Finanzierungslösung für den Pflegebereich herbeizuführen.

EINE STRUKTURÄNDERUNG IST NÖTIG

Es braucht eine weitreichende Strukturänderung: Wir brauchen eine umfassende solidarische Absicherung für den Fall der Pflegebedürftigkeit. Pflegebedürftigkeit ist ein Risiko wie Krankheit, Unfall, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Lauter Risiken, für die es aus gutem Grund soziale Versicherungsleistungen gibt. Wir brauchen das auch für die Pflege, in welcher Form auch immer. Das ist kein Projekt, das von heute auf morgen umzusetzen ist. Gerade deshalb muss es jetzt angegangen werden. Wir brauchen eine Strukturänderung auch deshalb, weil die Lastenverteilung für Pflege zwischen den Gebietskörperschaften die Gemeinden finanziell an den Rand der Leistungsfähigkeit bringt. Mit Finanzausgleich und Pflegefonds gibt es zwar zusätzliche Mittel, doch die decken nur einen Bruchteil der anfallenden Kosten. Sie wirken wie ein Aspirin gegen Zahnschmerzen: Eine akute Hilfe in ärgster Not, aber das Loch im Zahn bleibt.

Es sind auch jetzt vor allem wieder die Gemeinden, die bei der Abschaffung des Pflegeregresses draufzuzahlen drohen. 500 Millionen Euro sind für den Bund ein überschaubarer Betrag, für die Gemeinden schränkt es ihre Leistungskraft bei der Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge, ihre Spielräume bei der Gestaltung eines guten Zusammenlebens massiv ein. Gerade deshalb ist die Pflegepolitik ein Thema, das quer durch alle politischen Ebenen, quer durch alle Bevölkerungs- und Altersgruppen ein brennendes ist.

NEUE FINANZIERUNGSSTRUKTUREN

Womit wir auch bei der Frage der Finanzierung sind: Der von manchen vorgeschlagene Weg, eine Pflegeversicherung über die Umsatzsteuer zu finanzieren, ist sozial zutiefst ungerecht. Denn er trifft die BezieherInnen unterer Einkommen wesentlich stärker als BezieherInnen hoher Einkommen. Aus meiner Sicht sind drei Finanzierungsmodelle denkbar: Variante eins wäre ein Versicherungsmodell, das Beiträge der ArbeitgeberInnen und der ArbeitnehmerInnen vorsieht. Innovativ wäre Variante 2, die Wertschöpfungsabgabe zu testen und so auch Gewinne in die Finanzierung einzubeziehen. Wählt man den Weg eines steuerfinanzierten nationalen Pflegesystems würde der Einsatz vermögensbezogener Steuern wie der Erbschaftsteuer als Variante 3 eine Gerechtigkeitslücke in Österreich

gleich doppelt schließen helfen: Bessere Leistungen durch ein gerechteres Steuersystem. Egal für welchen Weg man sich entscheidet: Die qualitätsvolle Pflege älterer Menschen wird in den nächsten Jahren nicht weniger, sondern wesentlich mehr Geld brauchen. Wer gleichzeitig, wie Kurz und Strache, davon spricht, die Staatsausgaben um 14 Milliarden Euro senken zu wollen, sollte so ehrlich sein zu sagen, dass er all jene, die nach einem Leben voller Arbeit unsere Solidarität brauchen, mitsamt ihren Angehörigen allein lassen will. 

WOLFGANG MOITZI

ist SPÖ-Vorsitzender und Gemeinderat in Spielberg
und ist Vorsitzender der SPÖ-Bildung Steiermark.

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



Scenocosme (Grégory Lasserre & Anaïs met den Ancxt), Lights Contacts, 2010
Ausstellung im Rahmen des INDAF (Incheon International Digital Art Festival), Songdo, Südkorea
© Scenocosme

ÄSTHETIK DER VERÄNDERUNG

MAK

150 Jahre Universität für angewandte Kunst Wien

Eine Kooperation der Universität für angewandte Kunst Wien und des MAK

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Universität für angewandte Kunst Wien taucht die Großausstellung »Ästhetik der Veränderung«. 150 Jahre Universität für angewandte Kunst Wien in den Kosmos einer der traditionsreichsten und gleichzeitig visionärsten kulturellen Hochschulen Österreichs ein. In zwei Ausstellungsteilen nähert sich die Jubiläumsschau, eine Kooperation der Universität für angewandte Kunst Wien und des MAK, der historisch gewachsenen Position der Angewandten als führendes Kompetenzzentrum für künstlerische und wissenschaftliche Bildung und Forschung: Rund 400 Exponate eröffnen in der unteren MAK-Ausstellungshalle Einblicke in die zahlreichen Highlights ihrer 150-jährigen Geschichte. Spekulativ und mitunter provokant skizzieren zeitgenössische Positionen in der oberen MAK-Ausstellungshalle die Zukunft von Kunst und Bildung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und technologischer Umbrüche.

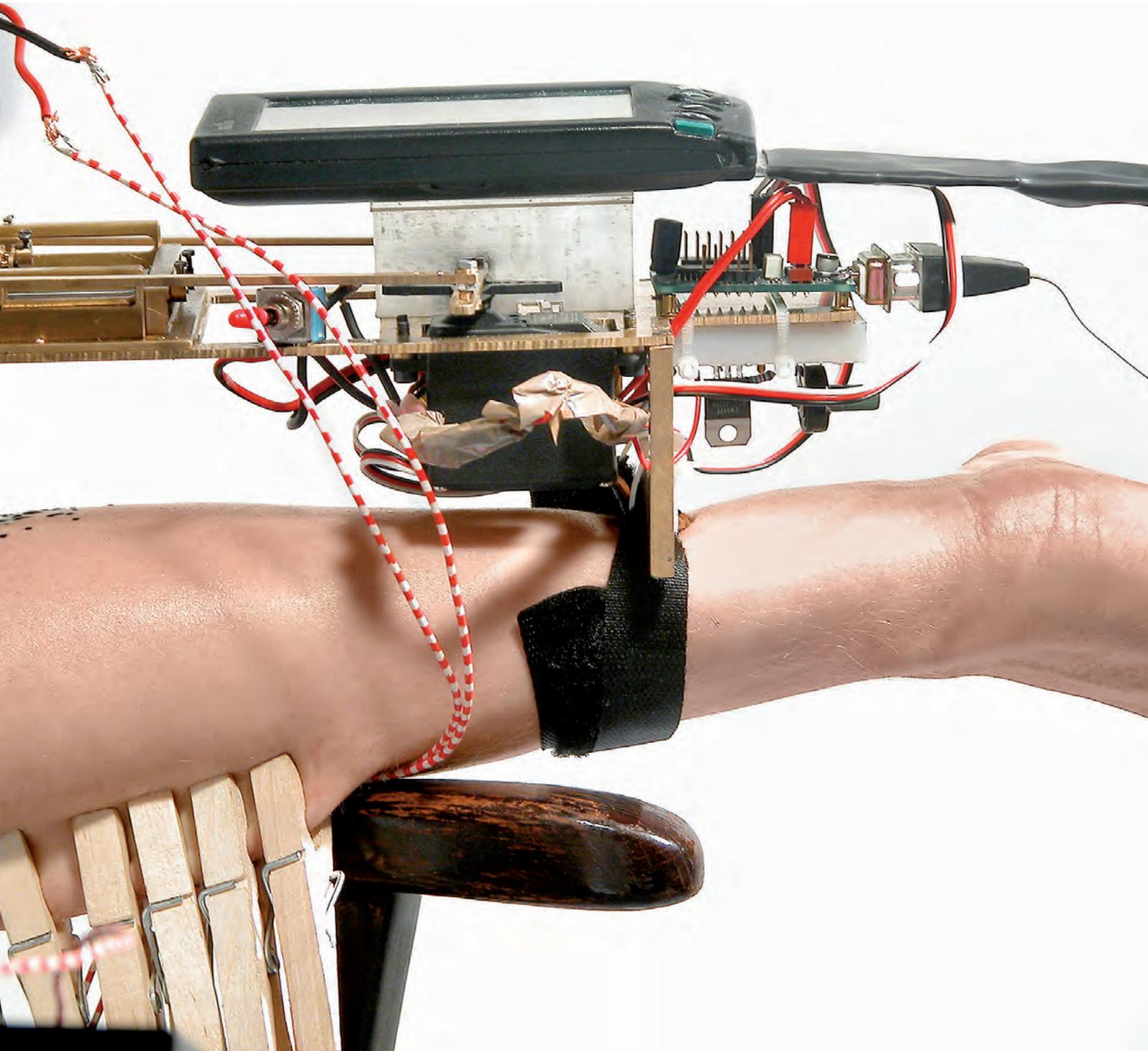
MAK

Stubenring 5, 1010 Wien

Bis 15. April 2018

www.mak.at





Niki Passath, Kurt, 2002,
Foto: © Susanne Sellinger

Machen wir was!

Um gegen die Abschaffung der Aktion 20.000 und der Notstandshilfe zu protestieren, haben mehrere Betriebsräte, Einzelpersonen und Sektionen eine parlamentarische BürgerInneninitiative gestartet. Unter dem Motto „Machen wir was!“ wollen sie durch Zusammenarbeit und Vernetzung konkret gegen den schwarz-blauen Sozialabbau aktiv werden

Zwischen Walzerklängen und knallenden Sektkorken hat die Regierung zum Jahreswechsel versucht, die »Aktion 20.000« heimlich, still und leise zu entsorgen. Mit einer Presseausendung am Nachmittag des 1. Jänners gab sie bekannt, die Aktion »aussetzen« zu wollen und hoffte offenbar, dass das unbemerkt bliebe. Dieser skandalöse Plan ist misslungen. Doch das ist nur der halbe Erfolg: Denn es geht nicht nur darum, dass die Heimlichkeit verhindert wird, sondern der geplante Sozialabbau an sich.

Die »Aktion 20.000« ist ein im Frühjahr 2017 vom damaligen SPÖ-Sozialminister Alois Stöger gestartetes Arbeitsmarktpolitikprojekt für ältere Langzeitarbeitslose. Der Bund finanziert die Kosten für 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitslose über 50 Jahre, die seit über 12 Monaten erfolglos auf Jobsuche sind. Ziel war die Halbierung der Arbeitslosigkeit bei den Über-50-Jährigen.

HOHE ALTERSARBEITSLOSIGKEIT

Die Fakten sind ja bekannt: Seit Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe an. Während ständig über eine weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters diskutiert wird, bleibt ausgeblendet, dass diese Altersgruppe besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen ist. 2016 stieg die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre um 6% auf rund 100.000 Betroffene an. Fast die Hälfte der Arbeitslosen über 50 Jahre sind langzeitarbeitslos, suchen also länger als 12 Monate nach einem neuen Job. Wer über 50 ist und arbeitslos wird, hat also ein hohes Risiko dauerhaft arbeitslos zu bleiben.

AKTION 20.000

Dagegen stellte die Aktion 20.000 ein ebenso einfaches, wie

überzeugendes Instrument dar: Für 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze hätten Gemeinden, öffentliche Unternehmen und gemeinnützige Träger die Lohnkosten im Ausmaß von bis zu 100% für bis zu zwei Jahre refundiert bekommen. Ältere Langzeitarbeitslose hätten eine Chance auf einen echten Arbeitsplatz bekommen. Gemeinden hätten mit dem zusätzlichen Personal neue Leistungen für ihre BürgerInnen anbieten können. Und selten war ein so umfassendes arbeitsmarktpolitisches Projekt mit so unmittelbaren Erfolgsaussichten so kostenökonomisch: Das AMS hat für zwei Jahre 778 Mio. Euro budgetiert, wobei 578 Mio. Euro davon ohnehin als Arbeitslosengeld bzw. für Schulungen bezahlt worden wären. Für 200 Mio. Euro zusätzlich wären also 20.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Von den 2016 beschlossenen Arbeitsmarktmaßnahmen – Beschäftigungsbonus und Aktion 20.000 – war die Aktion 20.000 im Kosten-Wirkungs-Vergleich sicherlich besonders vorteilhaft.

Die ab dem Sommer 2017 in »Pilotregionen« durchgeführte versuchsweise Umsetzung zeigte eine äußerst positive Bilanz: In der Steiermark sank die Altersarbeitslosigkeit in den Pilotbezirken Voitsberg und Deutschlandsberg um 48,3% bzw. 25,3%, während sie im Rest des Landes trotz insgesamt stark sinkender Arbeitslosigkeit stagnierte.

Die geplante Abschaffung zeigt wie wenig andere Einzelmaßnahmen, die kaltschnäuzige Verachtung der schwarz-blauen Elitenpolitik für ArbeitnehmerInnen und ihre konkreten Lebensrealitäten. Mag man auch mit rassistischer Stimmungsmache um die Stimmen verunsicherter Beschäftigter und Arbeitsloser buhlen – ihre Lebensverhältnisse sind Schwarz-Blau gleichgültig. Denn es geht hier nicht nur um die 20.000 Betroffenen, denen man ihren sinnstiftenden Ar-

beitsplatz und damit Respekt und Würde verweigert. Es geht auch um die Verhinderung von hunderten neuen Projekten in den Gemeinden, die die Lebensqualität vor Ort verbessert hätten: Von zusätzlichen Betreuern für Gartenanlagen bis zu Gemeinschaftscafés, die in ländlichen Gemeinden die Infrastruktur als Treffpunkt und Postpartner gestärkt hätten.

ABSCHAFFUNG NOTSTANDSHILFE

Dass Schwarz-Blau gleichzeitig die Abschaffung der Notstandshilfe diskutiert, passt ins Bild. Nach dem Auslaufen des Arbeitslosengelds sollen Arbeitslose künftig in die Mindestsicherung fallen. Weil die Notstandshilfe im Durchschnitt niedriger als die Mindestsicherung ausfällt, meinen manchen schwarz-blauen Zyniker, dass das für die Betroffenen keinen Unterschied mache und stellen damit unter Beweis, dass man sich im Regierungspalais und im Eigentums-Loft offenbar wirklich keine Gedanken darüber macht, wie Betroffene tatsächlich leben. Denn erstens liegt für zehntausende LeistungsbezieherInnen die Notstandshilfe über dem Mindestsicherungssatz. Ihnen allen würde die Leistung massiv gekürzt werden. Zweitens werden Zeiten des Notstandshilfebezugs für die Pension angerechnet, Zeiten der Mindestsicherung nicht. Drittens setzt der Anspruch auf Mindestsicherung völlige Vermögenslosigkeit abseits eines »Schonvermögens« von rund 4.000 Euro voraus.

ENTEIGNUNG

Allen Dementis zum Trotz würde die Abschaffung der Notstandshilfe daher bedeuten, dass man nach dem Auslaufen des Arbeitslosengelds keine Geldleistung mehr bekommt, solange man noch Geldvermögen über 4.000 Euro hat. Wer lange arbeitslos ist, müsste zuerst alle Ersparnisse, einen Bausparvertrag, eine Lebensversicherung auflösen und verbrauchen, bevor er/sie Mindestsicherung beantragen kann. Bei der Notstandshilfe ist das nicht der Fall.

Hier geht es um die konkreten Lebensverhältnisse von zehntausenden Menschen in Österreich, es geht um ein Thema, das potenziell jeden Österreicher und jede Österreicherin betrifft – rund ein Drittel aller Dienstverhältnisse werden in Österreich jährlich aufgelöst. Jeder und jede kann also von Arbeitslosigkeit betroffen sein.

Hier zeigt die schwarz-blaue Regierung, allen Beteuerungen zum Trotz, etwas für »die kleinen Einkommen« machen zu wollen, zum ersten Mal ihr wahres Gesicht. Während sie mit Zähnen und Klauen dagegen ankämpft, dass Millionäre Erbschaftssteuer zahlen, nimmt sie Arbeitslosen ihren letzten

Notgroschen. Sie streicht Jobs für Langzeitarbeitslose, denen kein Unternehmen eine Chance bietet und kürzt ihnen dafür auch noch die Leistung aus der Arbeitslosenversicherung.

Genau deshalb bietet sich das Thema aber auch dafür an, aktiv zu werden.

MACHEN WIR WAS!

Es ist absehbar, dass der geplante Sozialraub medial nicht in dem Ausmaß zum Thema wird, der der Größe des Themas angemessen ist. Es ist auch absehbar, dass der Parlamentsklub, gerade in der Phase der erst anlaufenden Umstellung von Regierung auf Opposition, diese politische Initiative nicht alleine stoppen kann.

Aber das Thema bietet sich ideal an, das Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern zu suchen, zu diskutieren und zu mobilisieren. Gemeinsam können wir Druck machen, damit die Regierung mit diesen Plänen nicht durchkommt. Die als private Initiative einiger Einzelpersonen und einer Betriebsratskörperschaft gestartete parlamentarische BürgerInneninitiative hat bereits tausende Unterschriften erhalten, gerade weil ganz viele Menschen die Sammlung im privaten Umfeld und in ihren Betrieben in großartiger Weise unterstützen. Hier liegt ein enormes Potenzial, das wir gemeinsam nutzen können!

Sozialministerin Hartinger hat bereits versprochen müssen, die Abschaffung der Aktion 20.000 nochmals zu prüfen. Und auch bei der Notstandshilfe ist das letzte Wort nicht gesprochen. Die Regierung hat gehofft, diese Maßnahmen rund um Silvester durchziehen zu können, ohne dass es bemerkt wird. Solange es öffentlichen Widerstand gibt, wird ihr das nicht so einfach gelingen! Deshalb haben wir eine parlamentarische BürgerInneninitiative gestartet. Mit tausenden Unterschriften wollen wir ein starkes Signal setzen: Nein zur Streichung der Aktion 20.000 und zur Abschaffung der Notstandshilfe! 

IRINI TZAFERIS

ist Germanistin und Pädagogin in Wien und zählt zu den ErstunterzeichnerInnen der parlamentarischen BürgerInneninitiative.

SENAD LACEVIC

ist Sozialarbeiter und Angestellten-Betriebsratsvorsitzender der Volkshochschule Wien und zählt zu den ErstunterzeichnerInnen der parlamentarischen BürgerInneninitiative.

Alles über konkrete Unterstützungsmöglichkeiten erfährst du auf www.machenwirwas.at.

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



COOP HIMMELB(L)AU, Vodöl, Entwurf, Wien, 1989
Ausführung: Vitra
Edelstahl, Stahl, Nirosta®, Leder
Foto: © MAK/Georg Mayer



Martin Kusch, Ruth Schnell, Marie-Claude Poulin, Liminal Spaces, Präsentation im Dome-Lab,
Abteilung Digitale Kunst, Universität für angewandte Kunst Wien, 2016
Courtesy E / M / D / L
© Gerald Bast

Wehret den Anfängen!

Die neue Regierung baut das politische System Österreichs um, wobei Thomas Nowotny auch in ihrem bisherigen Programm und Handeln auch autoritäre Züge erkennt. Die geplante Ausschaltung alternativer – demokratisch legitimierter! – Machtzentren, wie der Sozialversicherung oder der Arbeiterkammern zeige, wie wichtig es ist, diesen Tendenzen entschieden entgegenzutreten.

Schon gemäß den Regeln der einfachen politischen Arithmetik wird diese Regierung beziehungsweise diese Parteienkombination von öVP-Türkis und FPÖ sehr lange an der Macht bleiben. Eine neuerliche »große« Koalition zwischen öVP und den Sozialdemokratie ist für die nächste und mittlere Zukunft auszuschließen. Einer solchen Koalition steht nicht bloß die in den letzten 20 Monaten angehäuften Bitterkeit im Wege; sondern auch vor allem die Tatsache, dass sich die »Neue öVP« so sehr von ihren einstigen christlich-sozialen Wurzeln entfernt hat, dass der ideologisch/programmatische Graben zu groß geworden ist, der sie nunmehr von der SPÖ trennt.

Manche vermuten freilich, dass sich die Parteienlandschaft durch eine Implosion der FPÖ wieder grundsätzlich verändern könnte, so wie diese Partei (beziehungsweise das BZÖ) in der zweiten Regierung Schlüssel implodiert ist. Aber dagegen spricht, dass die FPÖ von einem europaweiten Trend getragen zu sein scheint, der offensichtlich tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft selbst entspricht. Solche Trends lassen sich nicht so leicht umkehren.

Es ist auch höchst unwahrscheinlich, dass in absehbarer Zukunft die jetzigen Oppositionsparteien so sehr an Zustimmung gewinnen, dass sie bei neuerlichen Wahlen gemeinsam mehr als die Hälfte der Mandate im Nationalrat für sich beanspruchen könnten.

Das alles muss die Opposition zur Kenntnis nehmen. All das läge aber dennoch im Rahmen des gegenwärtigen politischen Systems, in dem es eben Gewinner und Verlierer gibt und in dem Verlierer – den formalen Regeln zufolge – gelegentlich auch sehr lange in einer Oppositionsrolle verharren müssen.

Was aber, wenn die Grenzen dieses jetzigen politischen Systems gesprengt werden; wenn der Staat und seine Einrichtungen so umgestaltet werden, dass alternative Regierungsmehrheiten selbst nach sehr langer Zeit gar nicht mehr entstehen können. Was dann, wenn unter dem Mantel einer weiterhin formal bestehenden Demokratie, diese zu einer autoritär/illiberalen umgeformt wird?

Vieles im Regierungsprogramm und vieles im bisherigen Handeln der Regierung lässt auf deren Absicht schließen, die Macht niemals wieder aus der Hand geben zu müssen; ja, es scheint diese Absicht überhaupt die allerstärkste, wenn nicht alleinige Triebkraft ihres Handelns zu sein. Alternative Machtzentren werden systematisch ausgeschaltet. Die Zügel einer umfassenden Kontrolle werden schärfer angezogen:

- Das bisherige, aus 1945 datierende politische System wird delegitimiert. Es hatte sich auf die, jetzt von der Regierung so genannten »Systemparteien« gestützt. Die neue Regierung hingegen beruht auf der aus ihrer Sicht weit besseren Grundlage von »Bewegungen«, die von oben her zentral gesteuert werden.
- Deligitimiert wird auch der Staat selbst. Er ersticke schöpferische Initiativen mit seiner aufgeblasenen Bürokratie. Viele seiner Gesetze und Verordnungen seien sinnlos und ließen sich ersatzlos streichen. Eine Reduzierung staatlichen Tätigkeit würde die Wohlfahrt nicht senken, sondern steigern.
- Neben dem staatlichen Apparat werden auch andere potentielle Machtzentren delegitimiert und gezielt geschwächt. Das betrifft insbesondere die (in Österreich durch die Verfassung geschützten) Sozialpartner und die ihnen nahestehenden

henden Einrichtungen wie Krankenkassen, Pensionsversicherungen oder den Verein für Konsumenteninformation.

- Die Arbeitnehmer und deren Vertreter verlieren an Einfluss durch die Duldung, wenn nicht sogar durch eine bewusste Vergrößerung einer »industriellen Reservearmee« von Arbeitssuchenden
- Die politische Kommunikation wird hinfort von einer dem Bundeskanzler direkt unterstellten »Stabsstelle für Kommunikationsplanung« zentral gelenkt, also durch eine Kommandozentrale für Regierungspropaganda. Dieser Kommandozentrale unterstehen de facto die etwa 50 in den Büros der 14 MinisterInnen angesiedelten PR- und Presseberater. Alles ist dabei minutiös vorgeplant: Welche Themen zu welcher Zeit von welchem Minister an die Öffentlichkeit gebracht werden; welchen Stil man in der Öffentlichkeitsarbeit pflegt und welche Schlüsselworte dabei zu verwenden sind; und wie man unliebsame Fragen der Journalisten abwimmelt. Die nach der Verfassung bestehende »Ministerverantwortlichkeit« wird auf diese Art politisch aufgehoben und die Regierungsmitglieder werden so teilentmündigt.
- Genügend zahlreich unterstützte Volksbegehren sollen zwingend zu einer verbindlichen, zu einer Gesetze schaffenden Volksabstimmung führen, also zu einer Ausschaltung des Souveräns, des gewählten Parlaments. Die repräsentative Demokratie wird so – zunächst in Ansätzen – durch eine plebiszitäre Demokratie ersetzt.
- Alle vor dem Jahr 2000 (also vor der Ära Schüssel) erlassenen Gesetze und Verordnungen werden mit einem Federstrich abgeschafft. Darüber, welche der vor dem Jahr 2000 erlassenen Gesetze und Verordnungen dann dennoch weiter in Geltung bleiben sollen, darüber entscheiden zunächst die Ministerien (was etwa, wenn das Wirtschaftsministerium findet, dass die Gesetze über betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung einfach nicht mehr zeitgemäß und daher überflüssig wären?). Das Parlament wird – wenn schon nicht formal, so dann doch faktisch – ausgeschaltet, denn die mit Parlamentsmehrheit ausgestattete Koalition wird Regierungsvorlagen/Vorlagen der Ministerien wohl nicht ablehnen
- Der unabhängige Rundfunk wird mit der Drohung unter Druck gesetzt, die Rundfunkgebühren zu kürzen oder sei-

nen Einnahmen aus solchen Gebühren mit anderen Medien zu teilen. Journalisten sollen sich nicht »unbotmäßig« verhalten.

- Keines der Regierungsmitglieder verfügt über eine eigenständige politische Basis (»eine eigene Hausmacht«). Mit der allfälligen Ausnahme von Bundesminister Norbert Hofer sind alle völlig von ihren Parteiführern abhängig. Politischer Pluralismus, der offenbar auch anderswo unerwünscht ist, wird in der Bundesregierung völlig ausgeschaltet. Alle Regierungsmitglieder und alle übrigen maßgeblichen Politiker der neuen Koalition sind vom Führer ihrer Bewegung abhängig. Der aber ist von ihnen völlig unabhängig.
- Die Symbole physischer staatlicher Macht – Soldaten und Polizisten (letztere sogar auf Pferden) – werden demonstrativ in die Auslage gestellt und durch das Budget begünstigt, und das zu Lasten anderer, sogar wichtiger staatliche Aufgaben und anderer Staatsdiener – wie Richter, Finanzbeamter, Diplomaten, Schulpsychologen etc.
- Entgegen der vielfachen Versicherung des Bundeskanzlers »ein glühender Europäer« zu sein, soll unter dem Deckmantel des Schlagwortes von »Subsidiarität« der Einfluss der Europäischen Institutionen auf die österreichische Politik zurückgedrängt werden; also keine Zustimmung zu der ins Auge gefassten europäischen Fiskal- und Sozialunion; keine Euro-Bonds; keine neuen EU eigenen Steuern; keine zusätzlichen Zahlungen in das EU-Budget; die Politik gegenüber Flüchtlingen soll eine nationale Aufgabe bleiben und nicht der EU überantwortet werden. Lediglich in einem einzigen Bereich soll Europa gestärkt werden – nämlich für einen wirksameren, militärisch/ polizeilichen Schutz der EU-Außengrenzen. Die Regierungspartei FPÖ bleibt im Europaparlament, vertreten durch ihren Generalsekretär Harald Vilimsky, Mitglied der Gruppe »Europa der Nationen und der Freiheit«. Vilimsky ist selbst Vizepräsident dieser Gruppe, deren prominenteste Repräsentantin – die Französin Marine le Pen – die »Europäische Union zerstören will«.
- Die FPÖ, aber nicht nur sie, sondern weniger offen auch die neue ÖVP suchen die Nähe zu autoritären europäischen Bewegungen und Politikern. Die FPÖ strebte dabei sogar nach einer österreichischen Mitgliedschaft in der – von autoritären Politikern und Bewegungen dominierten – »Vi-

segrad-Gruppe« (Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechen). Heinz-Christian Strache wollte, hätte seinen Partei eine absolute Mehrheit, eine Politik gleich der machen, die vom Viktor Orban in Ungarn praktiziert wird, und dementwegen die EU ein Verfahren gegen Orban eingeleitet hat. Bevor es zu peinlich geworden ist, war Strache auch aufrechter Bewunderer des zwar unfähigen aber dennoch populistisch-nationalistisch erfolgreichen US-Präsidenten Donald Trump. Beide Regierungsparteien suchen eine Annäherung an Vladimir Putin, und hüten sich, ihn selbst dort zu kritisieren, wo dieser die Sicherheit Europas offensiv destabilisiert; oder im eigenen Land die Prinzipien der Demokratie ad absurdum führt.

- Die Ministerien werden hinfert durch von der Regierungsspitze eingesetzte, als »Generalsekretäre« getarnte Politikkommissare kontrolliert. Diese müssen keinerlei Erfahrung in der Verwaltung vorweisen und sich auch keinen Hearings oder sonstigen Prüfungen stellen. Nicht nur Spitzenbeamten des Ministeriums gegenüber sind sie weisungsberechtigt. Weisungen können sie auch dem Ministerium nachgeordneten Dienststellen (etwa einer Landesfinanzdirektion) erteilen. Die Bestellung dieser »Politkommissare« ist wahrscheinlich verfassungswidrig. Aber in jedem Fall ist das ein Misstrauensvorschuss gegenüber der Beamtenschaft und ein Anschlag auf die – im internationalen Vergleich – recht hohe Qualität der österreichischen Verwaltung.

Wie schafft man einer solchen Politik die Grundlage in einem Staat, der sich doch bislang zumeist als ein liberaler und weltoffener verstanden hat, als ein eminent europäischer; als ein den Menschenrechten und der Demokratie verpflichteter; als ein Staat, der seine sozialen Aufgaben im selben Maße wie den steigenden Wohlstand ausweitet?

Man schafft das, indem man in der österreichischen Bevölkerung bewusst Angst, Misstrauen, und Missgunst anfanct. Denn das ist die alles durchdringende düstere Botschaft des Regierungsprogramms: Ihr seid allesamt Opfer; ihr seid allesamt von Feinden umgeben. Man missbraucht Euch! Ihr werdet ausgenutzt: Von parasitären, sich auf Eure Kosten »durchschummelnden« Arbeitslosen. Von Flüchtlingen, die Österreich destabilisieren. Von Missgünstigen, die Euch daran hindern auf der Autobahn schneller zu fahren und in Gasthäusern zu rauchen. Von Eurokraten, die nationale Selbstbestimmung untergraben. Von einer aufgeblasenen staatlichen Bürokratie, die Freiheit und Entfaltung in sinnloser Weise be-

hindert und die den Braven und Fleißigen durch überhöhte Steuern das hart verdiente Geld aus der Tasche zieht. Von Kriminellen, die Euch bedrohen und die man ins Gefängnis stecken sollte.

Angst ist ein mächtiger Instinkt. Sie erstickt positiven Gestaltungsdrang und veranlasst zur Unterordnung unter einen starken, angeblich Schutz bietenden Führer. Auf dieser Klaviatur der Angst spielt die Regierung durchaus erfolgreich ihr politisches Spiel. Daher sucht man in diesem Programm vergeblich nach einem positiven Menschen- und Gesellschaftsbild. Nach dem Bild von einer Gesellschaft, in der Vermögen und Einkommen gleicher verteilt sind; in der alle Arbeit finden, in der sich Solidarität und Gemeinschaftlichkeit der Vereinigung entgegenstellt; in der Städte schöner und wohnbarer sind, in der Österreich und seine Interessen durch ein immer stärkeres und friedvolleres Europa geschützt ist.

Politikwissenschaftler kennen das Prinzip der »Pfadabhängigkeit«. Sie lässt sich in fast allen großen, langdauernden politischen Entwicklungen nachweisen. Eine Konstellation, die am Beginn einer Entwicklung steht, prägt diese dann auch über viele Dezennien hinweg. Diese Einsicht sollte die heutige Opposition warnen.

Die Konstellation zu Beginn der ÖVP/FPÖ-Ära ist eine unübliche. Es findet sich nichts ihr Ähnliches in der österreichischen Nachkriegsgeschichte und in der bisherigen österreichischen politischen Tradition. Die neue Koalitionsregierung bringt also einen Bruch mit all dem, das in Österreich seit 1945 politische Norm gewesen ist. Vieles in diesem Neuen ist bedrohlich. Es weist in eine autoritäre Richtung.

Können wir auf Grund der bisherigen Tätigkeit der Regierung, können wir auf Grund ihres Programms ausschließen, dass sich Österreich in zehn Jahren dort befindet, wo Ungarn schon heute ist, nämlich in einem zunehmend illiberalen, faktischen Ein-Parteien-Staat?

Wehret den Anfängen! Lasst diese gefährlichen Ansätze nicht zur zukunftsbestimmenden Norm werden. 

THOMAS NOWOTNY

war viele Jahre als Sekretär von Bundeskanzler Bruno Kreisky und als Diplomat für die Republik und bei zahlreichen internationalen Organisationen tätig. 2016 erschien sein Buch »Das Projekt Sozialdemokratie. Gescheitert? Überholt? Zukunftsweisend?«

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



Eduard Josef Wimmer-Wisgrill, Abendkleid, 1920–1925, Seide, Glasperlen
© MAK/Branislav Djordjevic

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



Robert Obsieger, Schale, vor 1932
Keramik, matte Glasur
© MAK/Georg Mayer



Petra Zimmermann, Armreif mit Gürtelschnalle, 1999
Kunststoff, Metall, Perlmutter
© MAK/Georg Mayer

Die Kapelle spielt weiter

Knapp ein Jahr nach ihrer vernichtenden Niederlage bei den französischen Präsidentschaftswahlen wählen Frankreichs SozialistInnen Ende März einen neuen Parteichef. Doch während das Wahl-Prozedere in den gewohnten Bahnen verläuft, steht die zentrale Rolle des Parti Socialiste (PS) im französischen Parteiensystem und innerhalb der Linken ernsthaft in Frage – nur im PS will das niemand zur Kenntnis nehmen.

Um den katastrophalen Zustand des Parti Socialiste zu beschreiben, ist manchen derzeit kein Kraftausdruck zu heftig. Als der frühere sozialistische Industrieminister Arnaud Montebourg vor wenigen Wochen vor einem Parlamentsausschuss Auskunft zu geben hatte, erörterte er am Rande mit zwei konservativen Abgeordneten den schwierigen Zustand ihrer beiden Parteien: »Bei euch geht es in Richtung Bonapartismus, bei uns herrscht der Merdismus [»Merde!«= »Scheiße!«]¹«, scherzte der frühere Abgeordnete, der 2014 wegen seiner Kritik am neoliberalen wirtschaftspolitischen Kurs von Hollande und Valls aus der Regierung entlassen worden war und 2016 bei den Vorwahlen für die sozialistische Präsidentschaftskandidatur Benoît Hamon unterlag.

Tatsächlich ist die mediale Charakterisierung des Zustands der Partei als »moribund« keine böswillige Übertreibung: Die katastrophale fünfjährige Präsidentschaft von François Hollande hat nicht zu einem normalen Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition geführt, sie hat die französische Parteienlandschaft grundlegend erschüttert (vgl. ZUKUNFT 12/2017) und bedroht den Parti Socialiste in seiner Existenz.

DAS POLITISCHE SCHEITERN ...

2012 hatte Hollande Nicolas Sarkozy an der Spitze der französischen Republik abgelöst. Der als wenig charismatisch geltende Hollande hatte den exzentrischen Rabauken Sarkozy, der einst Frankreichs Vorstädte »mit dem Kärcher« zu »säubern« versprochen und sie damit erst recht in Flammen hatte aufgehen lassen, überraschend besiegt. Mit den Versprechen, den auf eine autoritäre Sparpolitik zielenden europäischen Fiskalpakt neu verhandeln zu wollen und Frankreichs

Rekordarbeitslosigkeit durch Investitionen in die soziale Infrastruktur und eine Re-Industrialisierung zu halbieren, stach der Langweiler Hollande den Showman Sarkozy aus.

Aber Hollande zeigte nicht die notwendige Härte, einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel auf europäischer Ebene durchzusetzen und vollzog stattdessen innerhalb weniger Monate eine 180-Grad-Wende in seiner nationalen Wirtschaftspolitik: Statt keynesianischer Investitionspolitik stellte er Steuersenkungen für Unternehmen, einen ausgeglichenen Haushalt und eine Liberalisierung des Arbeitsrechts in Aussicht und setzte diese Maßnahmen teilweise per Verordnung am Parlament vorbei in Kraft. Bei den Kommunal-, Regional- und Europawahlen bekamen die SozialistInnen die Rechnung präsentiert und stürzten ab.

... UND DER PERSÖNLICHE VERRAT

Je hoffungsloser Hollande in den Meinungsumfragen abstürzte, desto vehementer setzten sein Premierminister Manuel Valls und sein Wirtschaftsminister Emmanuel Macron auf eine Verschärfung des unternehmerfreundlichen Kurses – und bereiteten ihre eigene Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2017 vor. Während Valls die offizielle Nominierung des Parti Socialiste anstrebte, gründete Macron seine eigene Formation und trat wenige Monate vor der Wahl aus der Regierung zurück – um sich als Kämpfer gegen »das System« und Politiker »jenseits von Links und Rechts« in Szene zu setzen. Macron kopierte in vielerlei Hinsicht das ursprüngliche Konzept Valls und versuchte noch skrupelloser, sich in der öffentlichen Wahrnehmung von Hollande und seiner Politik, die er maßgeblich mitgestaltet hatte, zu distanzieren. Valls unterlag in den Vorwahlen des Parti Socialiste und seiner Verbündeten

dem 2014 aus der Regierung entlassenen Parteilinken Benoît Hamon – und erklärte daraufhin seine Unterstützung für Macron, dessen Partei im Gegenzug darauf verzichtete, im Wahlkreis von Valls einen Kandidaten für die Parlamentswahl ins Rennen zu schicken. So wie Valls kehrte ein Gutteil der alten Parteilite mehr oder weniger offen der eigenen Partei den Rücken zu. Nachdem sie jahrelang die Wahlchancen des ps politisch minimiert hatten, hofften viele, mit einem Schritt in das neue politische Lager Macrons, wenigstens ein Amt für sich zu retten.

Der offizielle ps-Kandidat Benoît Hamon wurde zwischen Macron – den viele aufgrund der Umfragen für den aussichtsreichsten Kandidaten zur Verhinderung der rechtsextremen Marine Le Pen hielten – und dem Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon – der glaubwürdig und konsequent eine radikale, sozialdemokratische Alternative präsentierte – aufgerieben: Mit 6,4 % der Stimmen wurde der ps bei den Präsidentschaftswahlen abgestraft und verlor bei den anschließenden Parlamentswahlen 260(!) ihrer 291 Sitze. Hamon selbst verließ im Juli 2017 die Partei.

Wie unklar sich die Parteiliten in ihrem Verhältnis zu Macron, der die Partei von innen zu zerstören versucht hatte, selbst nach den Wahlen war, zeigte sich anlässlich der Vertrauensabstimmung über die neue Regierung unter der Führung des Konservativen Édouard Philippe: Von 31 Abgeordneten stimmten 3 für die Regierung, 5 gegen die Regierung und 23 enthielten sich der Stimme.²

»NUR NET HUDELN«

Trotz der beispiellosen Wahlniederlage, den fluchtartigen Absetzbewegungen früherer und aktueller Mandats- und FunktionsträgerInnen und dem nachgelagerten Finanzdebakel – die Partei sah sich gezwungen ihre Pariser Zentrale in der zentral gelegenen Rue Solferino zu verkaufen – schied der bisherige Parteichef (»Premier secrétaire«) Jean-Christophe Cambadélis erst mit 30.9.2017 aus dem Amt. Er wurde durch eine »kollektive Führung« und einem nach außen auftretenden Koordinator ersetzt, deren maßgebliche Aufgabe die Organisation eines Parteikongresses sein sollte. Statt im Jänner, findet dieser nach mehrmaligen Verschiebungen nun am 7. und 8. April statt.³

Im Parti Socialiste geht daher zunächst alles seinen gewohnten Gang: Bis 27. Jänner hatten alle potenziellen KandidatInnen Zeit, ihre Kandidatur zu erklären und Leitanträge

vorzulegen, die den Mitgliedern bis 15.3.2018 zur Abstimmung vorgelegt werden. Am 29.3.2018 wird dann zwischen den Erstunterzeichnern der beiden stimmenstärksten Leitanträge die Stichwahl um die Funktion des Premier Secrétaire erfolgen.

DIE KANDIDATEN

Wer sind nun die Kandidaten, die sich um diese Funktion bewerben und wie positionieren sie sich politisch? Vier Kandidaten haben alle Voraussetzungen erfüllt, um sich der Abstimmung im März zu stellen: Bereits im November 2017 kündigte der 46-jährige Abgeordnete zur Nationalversammlung Luc Carvounas⁴ an, sich zu bewerben, ihm folgten im Jänner der 58-jährige frühere Regierungssprecher und Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll⁵, der 49-jährige Fraktionschef in der Nationalversammlung Olivier Faure⁶ und der 44-jährige Europaabgeordnete Emmanuel Maurel⁷ Während Carvounas, Faure und Le Foll aus der derzeit tonangebenden Mehrheitsfraktion stammen,⁸ gilt Maurel als Kandidat des linken Parteiflügels.⁹

STEPHANE LE FOLL

Der nunmehrige Abgeordnete führt im Zuge seiner Kandidatur seine Funktion als Regierungssprecher von François Hollande und Manuel Valls in gewisser Weise fort: Der wesentliche Fehler der Regierungsarbeit habe in der innerparteilichen Opposition dagegen bestanden, die wirtschaftspolitischen Reformen seien richtig, aber zu spät durchgeführt und nicht gut genug kommuniziert gewesen. Nicht die fünfjährige Regierungspolitik, sondern die Vorwahlen 2016 hätten die Partei destabilisiert.¹⁰ Die geradezu trotzig Abwehr jeder ernsthaften Kritik an der Regierung Hollandes macht Le Foll zum Kandidaten jenes Teils des Parteiestablishments, der die Verantwortung der Regierungspolitik für das Wahldebakel abstreitet und am liebsten die innerparteilichen KritikerInnen der Regierung zur Rechenschaft ziehen würde.

OLIVIER FAURE

Dem Vernehmen nach soll Le Folls Kandidatur den aktuellen Fraktionschef zu seiner eigenen Bewerbung motiviert haben, da ihm Le Folls Halsstarrigkeit gefährlich erscheine. Auch wenn Faure nie offen den Aufstand gegen die Regierungspolitik geprobt hat, hat er doch immer wieder Bedenken gegen einzelne Projekte geäußert und versucht nun, trotz seines Lobs für die gesellschaftliche Modernisierung durch die Präsidentschaft Hollandes, hervorstreichend, dass er nie der Regierung angehört habe.¹¹ Auf den ersten Blick scheint die

Strategie aufzugehen: Faure erhält sowohl Unterstützung vom sozialliberalen Parteiflügel als auch von der gemäßigt linken früheren Parteichefin Martine Aubry. Aus ihrer Sicht spreche für Faure, dass er die notwendige Autorität in der Partei mitbringe,¹² eine »ehrliche Bilanz« der letzten fünf Jahre ziehe, er »eine klare Haltung gegenüber dem Präsidenten der Republik einnehme« und die Sozialdemokratie in der politischen Linken verorten werde.¹³ Im Klartext: Faure leide nicht wie Le Foll unter Realitätsverlust und werde nicht vor Macron zu Kreuze kriechen, man wisse anders als bei Carvounas woran man ist, und im Gegensatz zu Maurel werde er von den anderen »Parteibaronen« ernst genommen. In anderen Worten: Faure gilt als Favorit, weil er der kleinste gemeinsame Nenner einer ausgebluteten und ziellosen Partei ist.¹⁴

LUC CARVOUNAS

Ähnlich divers, aber weniger etabliert sind die UnterstützerInnen von Luc Carvounas. Carvounas galt lange Jahre als treuer Gefolgsmann von Manuel Valls und unterstützte ihn auch bei den innerparteilichen Vorwahlen 2016/17. Nach Hamons überraschendem Sieg zählte er aber zu den wenigen innerhalb des Parteiestablishments, die den offiziellen Kandidaten auch tatsächlich tatkräftig unterstützten und bringt ihm das nun die Sympathien von in der Partei verbliebenen Hamon-AnhängerInnen und früheren UnterstützerInnen von Arnaud Montebourg ein. Auch wenn er mit Valls wegen dessen »Fahnenflucht« gebrochen hat, kann er auch aus diesem Lager auf Unterstützung hoffen. Bemerkenswert ist angesichts seiner Biographie auch die Abgrenzung, die er zu Faure sucht: Anders als der Fraktionschef zählt Carvounas nämlich zu jenen nur fünf sozialistischen Abgeordneten, die gegen Macrons Regierung gestimmt haben. Carvounas ist also der Kandidat aus der bisherigen Mehrheitsfraktion, der sich am klarsten als Opposition zu Macrons Politik zu inszenieren versucht.

EMMANUEL MAUREL

Der Mitinitiator der Parteiströmung »Maintenant la Gauche« ist kein Unbekannter bei den Wahlen zum Parteivorsitz. 2012 war er nach Hollandes Wahl gegen Harlem Désir angetreten und mit 27,5 % der Mitgliederstimmen deutlich unterlegen. Für Maurel war es dennoch ein Achtungserfolg: Am Beginn von Hollandes Amtszeit hatten sich Hamon und Montebourg als Minister der neuen Regierung untergeordnet, das Ergebnis für den wenig bekannten Provinzpolitiker erschien respektabler als es auf den ersten Blick wirken mag. Anders als Montebourg und Hamon hatte Maurel die opportunistische Abkehr Hollandes von den eigenen Wahlversprechen von Anfang an

kritisiert und hat damit in gewisser Weise Recht behalten. Doch das könnte ihm auch mehr schaden als nützen, erinnert es doch manche frühere AnhängerInnen Hamons und Montebourgs an ihre damalige Haltung – und macht es ihn für das Hollande-Lager in der Partei zum roten Tuch. Maurel steht für eine konsequente links-sozialdemokratische Politik und ist ihm am ehesten zuzutrauen, eine gemeinsame politische Basis mit dem Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon zu finden – was ihn in den Augen des Parteiestablishments nur noch verdächtiger macht.

DAS ABSTIMMUNGS-PROZEDERE

Wie die Abstimmung unter den Parteimitgliedern ausgehen wird, ist nicht seriös prognostizierbar und wird maßgeblich davon abhängen, wieviele und welche Mitglieder an der Wahl teilnehmen werden. Die Angaben über die stimmberechtigten Mitglieder schwanken zwischen 89.000 und 102.000, wobei alle Mitglieder abstimmen können, die seit Juni 2015 zumindest einen Jahresmitgliedsbeitrag gezahlt haben.¹⁵ Stimmberechtigt sind also theoretisch auch tausende Mitglieder, die die Partei eigentlich bereits in Richtung Macron, Hamon oder Mélenchon verlassen haben. Luc Carvounas geht derzeit sogar von weniger als 20.000 aktiven Mitgliedern aus.¹⁶

WER NICHT ANTRITT

Als einigende Kandidatin hatte wochenlang die frühere Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem gegolten, die jedoch auf eine Kandidatur zugunsten eines Medienjobs verzichtet hatte. Ursprünglich ihre Kandidatur erklärt hatte hingegen die frühere Umweltministerin Delphine Batho, die die »Cliqueswirtschaft« im PS angeprangert und von einer »kleinen politischen Mafia mit ihren Paten, ihren Capos und ihren Soldaten« gesprochen hatte.¹⁷ Folgerichtig verfehlte sie die notwendigen 16 Unterstützungserklärungen im Parteirat und wurde nicht als Kandidatin zugelassen.¹⁸

HAMON UND MÉLENCHON

Doch die wirkliche politische Herausforderung für den künftigen Parteichef ist ohnehin weniger in der eigenen Partei, denn im Umgang mit den neu entstandenen Formationen der politischen Linken zu suchen. Jean-Luc Mélenchon war 2012 als Kandidat einer Linksfront, bestehend aus der Kommunistischen Partei (PCF) und seiner eigenen Linkspartei angetreten. Sowohl die Partei als auch das Bündnis waren nach den Wahlen 2012 zerfallen. 2017 trat Mélenchon als Kandidat einer »Bewegung«, »La France insoumise« (»Das widerspenstige Frankreich«) an. Nur widerwillig und mit knapper Mehrheit

unterstützte der PCF diese Kandidatur und Mélenchon bemühte sich, seine UnterstützerInnen selbst zu organisieren. Rund 500.000 beteiligten sich nach eigenen Angaben an der Wahlbewegung und Mélenchon bemühte sich nach den Wahlen, seine AnhängerInnen weiter zu aktivieren.¹⁹ Mit seinen rund 20 % bei der Präsidentschaftswahl und den Einzug in die Nationalversammlung mit 17 Sitzen und Fraktionsstärke gilt Mélenchon aktuell als wichtigster Oppositionspolitiker gegenüber Emanuel Macron. Angesichts seiner Bekanntheit und Popularität wird es kein PS-Vorsitzender leicht haben, den Anspruch des PS auf eine Führungsrolle im linken Lager zu behaupten. Schlimmer noch: Mélenchon scheint die »Marke« des PS für toxisch für seine eigene Bewegung zu halten. Aus verschiedenen Ergebnissen in lokalen Nachwahlen leitet der 2008 aus dem PS ausgetretene Linkspolitiker ab, dass die Unterstützung durch eine Linksunion, an der der PS beteiligt ist, die eigenen Wahlchancen eher belastet, denn beflügelt.²⁰

Zumindest in eine ähnliche Richtung scheinen auch die Überlegungen von Benoît Hamon zu gehen: Nach der Wahlkatastrophe und seiner eigenen Demontage durch führende PS-Funktionäre in der Wahlbewegung hat Hamon im Sommer 2017 den PS verlassen, um ebenfalls eine »Bewegung« mit dem hochtrabenden Namen »Bewegung des 17. Juli« zu gründen, die er im Dezember 2017 in die »Generation S« überführte. Ähnlich wie Mélenchon will Hamon nicht als Partei angesehen werden, ähnlich wie Mélenchon behauptet er, an den Auseinandersetzungen im PS keinen Anteil zu nehmen. Anfang Februar zählte die Bewegung nach eigenen Angaben bereits 50.000 UnterstützerInnen in lokalen 700 Gruppen und bereitet sich auf eine Beteiligung an den Europawahlen 2019 vor. Auch wenn aufgrund der politischen Schwerpunktsetzung – Hamon hatte im Wahlkampf 2017 starke ökologische Akzente und die Forderung nach einem Grundeinkommen ins Zentrum gestellt – ein politischer Durchbruch nicht zu erwarten ist, ist gleichzeitig nicht auszuschließen, dass Hamon mit seiner neuen Bewegung in der Neuformierung des linken Lagers eine bedeutende Rolle spielt.

POSITION DES PS

Der Parti Socialiste ist also neben Macrons liberaler Zentrumsparterie mit zwei neuen politischen Formationen konfrontiert, die mit charismatischen »Abrünnigen« an der Spitze aktuell besser aufgestellt erscheinen, als das einstige Zentralgestirn des linken Parteigefüges Frankreichs. Wie prekär die Situation ist, zeigt sich am Verhalten der aktuell wichtigsten sozialistischen Amtsträgerin Frankreichs, der Bürgermeisterin von

Paris Anne Hidalgo, in der Vorsitzfrage: Sie verzichtet bislang auf jede Positionierung und hat dies dem Vernehmen nach auch weiter vor.²¹ Hintergrund dieser Entscheidung ist letztlich, dass sie nicht mit der eigenen Partei identifiziert werden möchte. Denn in Paris ist der Exodus sowohl ins Lager Macrons als auch zu Hamons neuer Bewegung besonders stark und zieht es die Bürgermeisterin mit Blick auf die nächsten Kommunalwahlen vor, nicht in das nationale Desaster ihrer Partei involviert zu werden und sich alle potenziellen Bündnisse offen zu halten.

Es ist zu bezweifeln, dass diese prekäre Lage durch das eisernerne Festhalten am bisherigen politischen Kurs oder einem unentschlossenen Herumschlingern bereinigt werden kann. Gleichzeitig ist nicht zu leugnen, dass ein Sieg der beiden, politisch durchaus unterschiedlichen, Außenseiter Carvounas und Maurel zu einem weiteren Schwund des derzeitigen Führungspersonals führen könnte. Ein Bruch mit der verhängnisvollen Hollande-Ära wird dem PS – wenn er weiter existieren will – trotzdem ebensowenig erspart bleiben, wie das Finden einer Strategie für den Umgang mit Hamon und Mélenchon. Denn es scheint kaum vorstellbar, dass drei miteinander in Konkurrenz stehende linke Anti-Establishment-Parteien bei den Wahlen 2022 den keineswegs unverwundbaren Macron aus dem Sattel heben oder Marine Le Pen verhindern werden können. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <http://www.lejdd.fr/politique/quand-arnaud-montebourg-deploire-le-merdisme-au-ps-3558596>
2. <http://www.lefigaro.fr/politique/2017/07/05/01002-20170705ART-FIG00203-ces-deputes-d-opposition-qui-ont-vote-la-confiance-au-gouvernement.php>
3. <http://www.francesoir.fr/actualites-politique/quatre-mois-du-congres-les-appetits-saiguisent-au-ps>
4. <http://www.europe1.fr/politique/luc-carvounas-annonce-sa-candidature-a-la-tete-du-parti-socialiste-3507362>
5. <https://www.repondreagauche.fr/cher-e-s-camarades/>
6. http://www.lepoint.fr/politique/ps-apres-le-foll-faure-se-porte-candidat-a-la-presidence-du-parti-09-01-2018-2185237_20.php

7. http://www.lemonde.fr/politique/article/2018/01/10/le-depute-europeen-ps-emmanuel-maurel-candidat-a-la-direction-du-ps_5240028_823448.html
8. <http://www.rtl.fr/actu/politique/parti-socialiste-la-candidature-d-olivier-faure-seme-la-zizanie-7791764290>
9. <http://www.maintenantgauche.fr/>
10. <https://www.repondreagauche.fr/cher-e-s-camarades/>
11. http://www.lemonde.fr/politique/article/2018/01/10/olivier-faure-le-ps-doit-devenir-un-parti-plateforme-ouvert-a-tous-sans-limitation_5239579_823448.html#io1AjcJY9ch3Dd9U.99
12. http://www.lepoint.fr/politique/pour-martine-aubry-le-futur-patron-du-ps-devra-avoir-de-l-autorite-10-01-2018-2185405_20.php
13. http://www.liberation.fr/france/2018/01/18/a-lille-martine-aubry-soutient-faure-et-charge-macron_1623430
14. <http://www.lejdd.fr/politique/pourquoi-olivier-faure-se-retrouve-favori-pour-prendre-la-tete-du-ps-3550625>
15. <http://www.leparisien.fr/politique/le-parti-socialiste-compte-moins-de-20-000-militants-actifs-25-01-2018-7522812.php>
16. <http://www.leparisien.fr/politique/delphine-batho-le-ps-est-une-petite-mafia-politique-15-01-2018-7501236.php>
17. http://www.lemonde.fr/politique/article/2018/01/19/coup-d-etat-statutaire-delphine-batho-assigne-le-ps-en-refere_5244347_823448.html
18. <https://www.jacobinmag.com/2018/02/france-insoumise-jean-luc-melenchon-macron>
19. <http://www.leparisien.fr/politique/la-france-insoumise-la-strategie-solitaire-de-melenchon-divise-11-02-2018-7553790.php>
20. <http://www.leparisien.fr/politique/congres-du-ps-hidalgo-au-dessus-de-la-melee-23-01-2018-7518846.php>
21. http://www.lemonde.fr/politique/article/2018/02/24/anne-hidalgo-lance-l-operation-sauvetage_5261887_

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



Vally Wieselthier, Salome, um 1938
Ton, bemalt; Golddekor
© MAK/Georg Mayer

Kurze Zukunft – kurze Politik

Andreas Höferl setzt sich in seinem Beitrag, der auf einem Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Kulturabteilung der Provinz Bozen basiert, mit den Fragen lang- und kurzfristiger Perspektiven in der Politik auseinander und welche essentielle Bedeutung langfristige Überlegungen für die Funktionstüchtigkeit von Demokratien haben.

Wir nehmen heute auch in der Politik etwas wahr, das wir als Kurzfristigkeit der Perspektiven und des Handelns empfinden. Und das behagt uns nicht. Uns behagt nicht das Schielen auf und Handeln nach Meinungsumfragen. Uns behagt nicht das ofenkundige Denken an die nächsten Wahlen. Uns stört das kleinkarierte Hickhack um Themen, die wenig wichtig sind für unser Leben. Und uns behagt auch nicht der zunehmende Populismus, der dem Volk nur nach dem Mund redet.

Wir fragen uns: Wo sind die großen politischen Persönlichkeiten geblieben, die mutig große Gedanken aussprechen, die weit in die Zukunft reichende Ziele formulieren, die wichtige Themen auch gegen Widerstände anpacken, die nicht nur reden, sondern auch handeln?

Leben wir in einem Zeitalter politischer Zwerge, wie der britische Historiker Tony Judt gemeint hat?

GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE

Wenn diese moderne Oberflächlichkeit und Kurzfristigkeit der Politik nicht gestoppt wird, dann sehe ich ernste Gefahren für die Demokratie. Zu viele Demokratien fahren heute auf einen Abgrund zu, weil die Politik ihr Geschäft nicht mehr macht, und auch weil die Menschen ihre Mitverantwortung nicht mehr ausreichend wahrnehmen!

Der Ruf nach starken Männern, die hier aufräumen, wird lauter. Autoritäre Tendenzen nehmen in Europa beängstigend zu. Denken wir an Ungarn, Polen, Russland oder auch Berlusconi. Es braucht einen Kurswechsel, wenn wir unsere Freiheiten und unsere Demokratien retten wollen. Und es sind wir alle, die hier mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Ich berate seit 35 Jahren Politikerinnen und Politiker. Ich habe das in verschiedensten Positionen und aus verschiedensten Blickwinkeln getan. Ich habe in politischen Büros gearbeitet und außerhalb. Ich habe auf lokaler und regionaler Ebene, auf Staats- und europäischer Ebene gearbeitet. Auf der Seite von Regierenden und von Oppositionellen. Ich habe Politik von innen und von außen erlebt, sie wahrgenommen, sie beraten und auch mitgestaltet.

Der jüngste Nationalratswahlkampf in Österreich hat weitere Beispiele geliefert für die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung.

GROSSE PERSÖNLICHKEITEN UND BEWEGUNGEN

Da waren wenig zukunftsweisende Slogans zu lesen wie: »Jetzt. Oder nie.« Oder »Es ist Zeit.« Und »Diesmal Kurz.«. Sie spiegeln diese Kurzfristigkeit der Politik wider. Viele von uns empfinden das so stark, weil wir im Geschichtsunterricht von großen, historischen Staatsmännern und -frauen gelernt haben, die Visionen für die Zukunft hatten, die Weichen für positive nachhaltige Veränderungen gestellt haben; die moralisch integer waren und auch die Macht und Möglichkeiten hatten, diese Ideen gegen Widerstände durchzusetzen. Sie sind daher der Maßstab dessen, was wir in der Politik für möglich halten und erwarten können. Ich denke etwa an Robert Schumann und Jacques Delors und die Idee eines geeinten Europa oder an Willy Brandt und die Idee der Überwindung des Ost-West-Konfliktes. Die Geschichtsschreibung ist voll von solchen Persönlichkeiten.

Sie ist aber auch voll von anderen, zerstörerischen Ideen und Persönlichkeiten.

Es gab auch politische Ideen, deren Entwicklung und Durchsetzung nicht eindeutig bestimmten Persönlichkeiten zuzuordnen sind. Dazu gehörten etwa die Frauenbewegung, die Jugendbewegung der 1960er Jahre oder die Umwelt- und die Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Seit der Aufklärung glauben wir in Europa daran, dass ein geistiger und kultureller Fortschritt des Menschen in eine bessere Zukunft durch sein vernunftbasiertes Handeln möglich ist.

Genau dieser Glaube aber scheint heute ausgerechnet hier in Europa verloren gegangen zu sein. Und zwar sowohl in der Politik und noch mehr bei den Menschen.

Dabei gäbe es Bedarf an großen Ideen und Veränderungen: Ich denke an die spürbaren Folgen des Klimawandels, die unklare Zukunft der Europäischen Union, das gespannte Verhältnis Europas zu Russland, den Aufstieg Chinas zur ökonomischen und militärischen Supermacht, die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die damit verbundenen Wanderungsbewegungen, den religiösen Fundamentalismus und auch die bekannte Unberechenbarkeit Nordkoreas, nun aber in Kombination mit der unerwarteten Unberechenbarkeit der USA.

Als Menschen erwarten wir ja zurecht von der Politik einen Ausblick auf die Rahmenbedingungen unseres Lebens. Mit welchen Sicherheiten können wir rechnen, mit welchen Freiheiten, mit welchen Chancen oder Herausforderungen?

VERLORENER GLAUBE AN GESTALTBARKEIT?

Warum wir den Glauben an die Gestaltbarkeit der Welt verloren haben, liegt vor allem darin, dass wir in Europa im 20. Jahrhundert politische Traumata der Sonderklasse erlebt haben: Da war einerseits die Vision des Sozialismus einer klassenlosen, freien Gesellschaft und friedlichen Welt, die sich aber rasch in Diktaturen, Menschenverachtung und wirtschaftlichem Versagen des Kommunismus ins Gegenteil verkehrte. Und da waren andererseits die Visionen des Faschismus und Nationalsozialismus, die zunächst Zigmillionen in Begeisterung versetzten und dann in den Tod rissen. Die Idee eines tausendjährigen Reichs endete im barbarischsten Krieg und Völkermord der Menschheitsgeschichte.

Martin Schulz hat als Präsident des Europäischen Parlaments einmal gemeint: Die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre die Antwort auf die 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen. Er hat damit vor allem die Idee der Europäischen Ge-

meinschaft gemeint. Anstatt sich unerbittlich im gesellschaftsrevolutionären Eifer zu bekämpfen und zu zerstören, sollten die Völker Europas friedlich miteinander leben und sich ganz auf ihren persönlichen wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand konzentrieren.

Wir haben gewissermaßen den Rückzug aus der großen Politik in das kleine private Glück erlebt. Und daher erleben wir heute ein stark von wirtschaftlichen Interessen geprägtes Europa.

Der Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte hat das noch verstärkt. Politik, Staat und Parteien sind noch weiter in den Hintergrund gerückt worden. Das ist ja die Kernidee des Neoliberalismus. Öffentliche Unternehmen wurden privatisiert. Bei öffentlichen Ausgaben wurde gespart. Kurzfristige betriebswirtschaftliche Erfolge sind wichtiger geworden etwa als langfristiges Wachstum oder die Bindung an einen Standort, wichtiger als der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Humanisierung der Arbeitswelt oder der Schutz natürlicher Ressourcen. Da haben sich also auch Werte verschoben, wenn Zahlen wichtiger werden als Menschen.

Mit den großen wirtschaftlichen Freiheiten sind viele gewohnte Sicherheiten verloren gegangen. Wer hat heute noch einen Arbeitsplatz in einer Firma sein Leben lang? Der Lebenszyklus von Produkten wurde immer kürzer. Wer macht heute noch die Erfahrung, sich gerade »etwas fürs Leben« angeschafft zu haben? Jeder weiß, dass ein Smartphone kaum mehr länger als 2 Jahre problemlos funktioniert, egal wie teuer es war. Wer kann das, was er in seiner Jugend gelernt hat, bis zu seinem Berufsende verwenden? Arbeitsverträge und selbst Mietverträge für Wohnungen sind immer häufiger zeitlich befristet. Man bindet sich auch privat nicht mehr langfristig, man hat Lebensabschnittspartner. Lebensversicherungen, Bausparverträge sind alles Auslaufmodelle.

Wir sind damit beschäftigt, unsere unsicheren Jobs zu erhalten, irgendwie Einkommen zum Leben zu erwerben, Heim und Familie einzurichten. Und wenn wir an die Zukunft denken, dann allenfalls ans Wochenende oder wohin ein Urlaub gehen könnte. Und selbst hier entscheiden wir uns immer öfter kurzfristig für ein »Lastminute-Angebot«.

Moderne Informations- und Kommunikationsmedien unterstützen uns noch zusätzlich, unmittelbar auftretende Bedürfnisse in sehr kurzer Frist zu befriedigen – Bedürfnisse

nach Information, nach Kontakt, nach Unterhaltung, nach Kauf. Wir erleben also nicht nur eine Verdichtung der Zeit, wo in immer kürzeren Abständen immer mehr möglich ist. Wir leben auch sehr im Hier und Jetzt.

AUSHÖHLUNG DES STAATES UND IHRE FOLGEN

Jürgen Habermas hat 1984 geschrieben: »Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert.« Durch die Aushöhlung des Staates und die Dominanz der Wirtschaft ist anstelle des Nationalstaates eine globale, schwer fassbare politische und ökonomische Landschaft getreten. Das verunsichert und verstört vor allem Menschen aus der unteren Hälfte der sozialen Hierarchie. Denn ihnen fehlt der starke Staat. Ihnen wurde der soziale und kulturelle Schutzraum entzogen durch den Rückbau des öffentlichen Sektors. Anstelle von Sicherheiten traten mehr Wettbewerb, mehr Leistungsdruck, mehr Verdinglichung, mehr Entfremdung. Der leider früh verstorbene Frank Schirrmacher hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vor wenigen Jahren resümiert: »Das große Versprechen an individuellen Lebensmöglichkeiten hat sich in sein Gegenteil verkehrt.« Die Bürger sollen Konsumenten sein, hinterfragen sollen sie das nicht.

Viele Menschen denken heute also gar nicht daran, dass die Zukunft in großen Zügen veränderbar wäre. Sie haben auch keine Vorstellung, wie das gehen könnte, oder nicht den Mut, etwas zu tun. Die Psychologie erklärt das damit, dass sich Menschen kaum wehren können und wollen gegen Dinge, die sie selbst in Bewegung gebracht haben und die sich nun anschicken, sie zu überrollen. Und so werden heute die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse dieser Welt hingenommen, der wachsende Reichtum weniger und die wachsende Armut vieler oder der globale Klimawandel. Man konzentriert sich darauf, dass man die Kontrolle zumindest über das eigene Leben nicht ganz verliert.

Jugendstudien bestätigen, dass viele junge Menschen zwar daran glauben, ihre persönlichen Ziele erreichen zu können, eine positive Zukunft für die Gesellschaft sehen sie aber nicht. Und wenn sie die nicht sehen, dann werden sie zornig. Jugendstudien bestätigen auch: Die Radikalisierung unter Jugendlichen hat heute als Ursache nicht in erster Linie eine ideologische oder spirituelle Verführung. Die Hauptursache sind materielle Einschränkungen und dass sie keine Zukunft sehen! Das muss uns zu denken geben!

GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE

Diese starke Orientierung auf den persönlichen Vorteil ist gefährlich für Demokratie und Freiheit. Wenn die junge Generation heute mit dem Mantra aufwächst, nur den eigenen Vorteil zu suchen, dann stellt man die Weichen in Richtung einer unsolidarischen Gesellschaft der Zukunft. Dann stellt man die Weichen für ein Absterben gesellschaftlicher Institutionen und der Demokratie insgesamt. Denn in der Tat: Wirtschaft funktioniert auch ohne Demokratie. Kapitalismus funktioniert ohne Demokratie. China ist ein gutes Beispiel dafür.

Mir macht allerdings auch Sorge, wenn die deutsche Kanzlerin vor wenigen Jahren von einer »marktkonformen Demokratie« gesprochen hat. Brauchen wir heute nicht viel mehr einen demokratiekonformen Markt? Eine entscheidende Ursache für die Entmachtung und Machtlosigkeit der heutigen Politik ist also unzweifelhaft die Zurückdrängung des Staates, der Politik und der Parteien aus allen Lebensbereichen durch den Neoliberalismus. Die treibenden Kräfte dahinter sind jene, die davon profitieren: die Vermögenden. Ihr Vermögen ermöglicht ihnen, Politik und auch Medien zu instrumentalisieren.

EINE NEUE MEDIENWELT

Eine weitere Ursache für die Entmachtung der Politik ist die veränderte Informations- und Medienwelt. Die Zeit der Top-down-Kommunikation ist ebenso vorbei wie die Zeit der Hofberichterstattung von Staats- und Parteimedien. Politische Meinungsbildung findet nicht mehr über einige wenige Fernsehkanäle und Zeitungen statt, sondern über viele. Nicht mehr nur in Parteilokalen und Rathäusern, sondern vermehrt zu Hause vor dem Fernseher und in den Sozialen Medien. Das Internet liefert täglich Transparenz in viele Bereiche des Lebens.

Doch diese Vielfalt ist eine scheinbare. Denn auch die Eigentumsverhältnisse in der Medienwelt sind anders. Die wichtigsten Tageszeitungen und Wochenmagazine in Österreich sind im Besitz von Raiffeisen, der Kirche und zwei Familien. Die wollen nicht nur hohe Reichweiten und Absatzzahlen. Sie haben vor allem eigene Wertehaltungen und politische Interessen.

Oder wie es vor wenigen Jahren der Journalist des konservativen Telegraph Charles Moore bemerkenswert offen feststellte: »Democratic politics, which purports to enrich the many, is actually in the pocket of those bankers, media barons

and other moguls who run and own everything...The Left was right that the power of Rupert Murdoch had become an anti-social force.« Der britische Labour-Führer Jeremy Corbyn schöpft seinen gegenwärtigen politischen Erfolg gerade aus dem wachsenden Zorn vieler Menschen darüber.

EIN NEUES VERHÄLTNISS ZU POLITIK UND PARTEIEN

Durch das Zurückdrängen von Politik, Staat und Parteien ist auch unser Verhältnis zu ihnen pragmatischer, kühler und flüchtiger geworden. Seit den 1970er Jahren wird uns die Freiheit des Einzelnen gepredigt, das Ausleben von Bedürfnissen, Selbstverwirklichung und Ungebundenheit. Die alten, staatsgründenden Lagerparteien setzen aber immer noch auf die »alten« Werte wie Disziplin, Unterordnung und Pflichterfüllung. Sie wirken nach außen verschlossen und nach innen autoritär. In offene liberalere Gesellschaften passt dieses Image immer weniger.

Mit der Individualisierung unserer Gesellschaften sind auch die politischen Interessen der Menschen und damit die politischen Interessenvertretungen vielfältiger geworden. Statt drei Parteien im österreichischen Nationalrat des Jahres 1945 sind es heute meist doppelt so viele. Es ist grundsätzlich KEIN schlechtes Zeichen, wenn die großen alten Parteien in ganz Europa an Zustimmung verlieren und neue politische Angebote Aufwind erleben. Die Vertrauenskrise in bestimmte Parteien ist ja keine Krise der Demokratie an sich. Es IST Demokratie, wenn Menschen nicht nur das Recht haben, sondern auch die Verantwortung wahrnehmen und sich im gesellschaftlichen Leben engagieren. Und dazu gehört auch, neue Bewegungen und Parteien zu gründen. Und daher ist richtig, was Willy Brandt bei seinem Abschied als SPD-Vorsitzender 1987 mit bemerkenswertem Weitblick formuliert hatte: »Die Sache der sozialen Demokratie hat die Zukunft nicht hinter sich; und der Friede braucht uns allemal. Aber: Die Sozialdemokratie muss sich als Volkspartei ständig erneuern. Nur so kann sie sich als bewegende Kraft bewähren.«

Viele Politiker tragen auch immer wieder selbst dazu bei, dass das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Politik geschwächt werden. Ich habe viele Politiker erlebt, die voller Ideen für die Zukunft in die Politik gegangen sind. Sie wollten die Welt verändern, etwas Gutes tun oder gegen etwas ankämpfen, Erfolge sehen, Anerkennung bekommen, kommunizieren, Einfluss üben. Das politische Umfeld hat sie verändert: Es wurde notwendig, Werbung für sich zu machen,

um in ein Mandat zu gelangen und es zu behalten. Es wurde notwendig, Entscheidungen zu treffen für und auch gegen wen oder was. Es lässt auch nur wenige kalt, Einfluss und Macht zu haben, einzusetzen, zu spüren und zu vermehren, hofiert und auch chauffiert zu werden. Das ist meist der Zeitpunkt, an dem aus der Berufung längst ein Beruf geworden ist, den man nicht mehr aufgeben möchte.

Diese Krise der großen alten Parteien hat zu verschiedenen Strategien geführt, ihr politisches Angebot wieder attraktiver zu machen.

INSZENIERUNG STATT POLITIK

Da ist vor allem der Versuch, Parteivorsitzende als jene herausragenden Persönlichkeiten zu inszenieren, die wir so vermissen. Zeigen sollen Politiker also, dass sie alle guten Eigenschaften in sich vereinen: Kompetenz, aber auch Lernbereitschaft, Führungsqualität, aber auch Diskussionsbereitschaft, Entscheidungsfreude, aber auch Bürgerbeteiligung, Sprachgewandtheit und Zuhörenkönnen, Ernsthaftigkeit und Witz, Stärke und Verständnis, Sparsamkeit und Spendenfreude und natürlich Zukunftsorientierung, aber auch Traditionsbewusstsein. Sie müssen Lösungen für gegenwärtige Probleme und auch Pläne für die Zukunft haben. Nicht machen und zeigen dürfen sie das Gegenteil von all dem. Schlecht kommen außerdem die meisten menschlichen Schwächen an. Erfüllen Politiker im Allgemeinen all diese Erwartungen: Nein, bzw. nur in Ausnahmefällen.

Zumeist erleben wir den Widerspruch zwischen dem Versprechen, die Zukunft zu gestalten, und der Praxis, dass sie vor allem ihr Amt gestalten. Viele Versprechen können auch gar nicht erfüllt werden. Etwa weil es kaum mehr absolute Regierungsmehrheiten gibt oder weil die ökonomischen Zwänge groß sind. Daher müssen zwangsläufig Kompromisse gemacht werden. Und nichts ist schlimmer als Enttäuschung: Jeder fünfte Wähler in Österreich geht gar nicht mehr wählen und sogar jeder vierte wählt bei jeder Wahl etwas anderes. Das Ansehen der Politik in Österreich unter verschiedensten Berufen ist am untersten Ende der Skala: zwischen Journalisten und Prostituierten.

Mehrheitswahlrechte wie in Großbritannien oder Präsidentschaftsdemokratien wie in Frankreich oder den USA machen Regierungen zwar führungsstärker. Ihr Nachteil ist aber die mangelnde Repräsentation der verschiedenen politischen Interessen des Landes. Das führt zu häufigeren radikalen Rich-

tungswechseln, was langfristiges Planen ebenfalls erschwert. Weil das Prinzip, eine Führungspersönlichkeit zu inszenieren, meist dennoch erfolgreich ist – entweder für die einen oder für die anderen –, halten praktisch alle Parteien daran fest, selbst neue. Sie halten fest, auch weil ein zentraler Kommunikator nötig ist für all das, wofür die Partei oder Bewegung steht. Und sie halten auch deshalb fest, weil sie ihre Anhängerschaft daran gewöhnt haben, folgsame Sprachrohre ihrer Botschaften zu sein.

EIN STARKER FÜHRER?

Der Wunsch nach dem starken Führer ist – wie bereits erwähnt – bei vielen Menschen vorhanden. Der Populismus setzt darauf. Er wirkt vordergründig sogar zukunftsorientiert, weil er langfristige, ja endgültige Lösungen verspricht. Aber er erfüllt die Heilsversprechen nicht.

Der Populismus ist nicht konsensbereit, er ist nicht inklusiv, er grenzt aus. Er bevorzugt immer einen Teil der Gesellschaft und benachteiligt einen anderen, was zu neuen Spannungen führen muss. Vor Wahlen kommt Populismus verstärkt zum Einsatz. Denn Politiker wissen auch: Wahlerfolge sind nicht alles, aber ohne Wahlerfolge ist alles nichts. Politiker können nicht nur ihren ganz persönlichen Ideen nachhängen, sie werden als Interessenvertreter gewählt oder abgewählt.

Dieses Spannungsfeld zwischen Idealismus und Pragmatismus – es existiert in der Politik seit jeher. Der frühere österreichische Vizekanzler Hannes Androsch hat den Populismus einmal so charakterisiert: »Hier zieht mein Volk, ich muss ihm nach, denn ich bin sein Führer. Politik ist Gestalten, nicht Hintennachrennen.«

Populisten machen ihr Geschäft meist mit Ängsten. Keine Statistik, keine Zahl, kein Bericht kann gegen das starke Gefühl der Angst ankommen. Dieses Geschäft mit der Angst unterscheidet Populisten von den großen politischen Persönlichkeiten vergangener Zeiten.

Große Ideen waren dagegen in erster Linie von Hoffnung getragen. Martin Luther King wusste, warum er vor seine Zuhörer trat und sagte »I have a dream« und nicht »I have a nightmare«. Ernst Bloch schrieb in seinem berühmten Buch »Das Prinzip Hoffnung«: »Der Affekt des Hoffens geht aus sich heraus, macht die Menschen weit, statt sie zu verengen.« Für ihn war die Hoffnung das bestimmende Merkmal einer aufstrebenden Gesellschaft, das Fehlen von Hoffnung hinge-

gen ein Symptom des Niedergangs. Ich denke, wir sollten in Europa mehr Hoffnung haben, was unsere Zukunft betrifft.

Leben wir also in einer Zeit, in der die großen Veränderungsideen der Menschheit für die Zukunft schon alle gedacht, erprobt und enttäuscht worden sind? Gibt es solche neuen Ideen nicht mehr? Haben all die bisher gedachten Gesellschaftsideale einfach zu viel erwartet von uns Menschen? Sollten wir deshalb weniger wollen, weniger hoffen und weniger von der Zukunft erwarten? Ist kurze Zukunft die logische Reaktion auf eine lange Vergangenheit mit den vielen enttäuschten Hoffnungen?

Francis Fukuyama, der amerikanische Politikwissenschaftler, sprach nach dem Zerfall des Ostblocks vom Ende der Geschichte. Die Zeit der großen politischen System- und Gesellschaftsentwicklungen sei vorüber, Gesellschaften würden sich auf einfachere, durch Interessen bestimmte Ordnungen beschränken.

KEIN POSTIDEOLOGISCHES ZEITALTER!

Manche sprechen auch von einem postideologischen Zeitalter. Dem widerspreche ich. Denn wir finden die großen klassischen Ideologien des Liberalismus, des Sozialismus und des Konservatismus auch heute noch in politischen Parteien und Bewegungen. Wir sind heute also keineswegs ideenlos. Wir setzen nur die Schritte der Veränderung bedächtiger als früher. Radikalen Veränderungen stehen wir skeptischer gegenüber.

Dabei ist die Zukunft der Job der meisten Politiker. Für all jene etwa, die mit Orts-, Stadt- und Raumplanung, mit Dorf- und Stadtentwicklung, mit Flächenwidmung und Bebauungsplanung zu tun haben. Auch für jene, die für den Wohnungsbau zuständig sind oder mit Bauentscheidungen den öffentlichen Raum für Jahrzehnte, ja mitunter für Jahrhunderte prägen. Zukunft ist auch der Job für jene, die für Infrastrukturen zuständig sind: Wasser-, Abwasser- und Stromleitungen, Straßen, Autobahnen, Eisenbahnen, Wasserwege und Flughäfen. Und auch für jene, die im Sozial- und Gesundheitswesen tätig sind und für den künftigen Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Alten- und Pflegeeinrichtungen vorsorgen sollen.

Aber wenn Politiker über die Zukunft sprechen, dann klingt das heute häufig nach Projektmanagement. Und das ist wenig inspirierend. Der frühere österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky hat einmal gemeint, dass Politik ohne Vi-

sionen zu einem sinn- und ziellosen Taktieren wird. Er hatte recht.

VERANTWORTUNG FÜR ALLE

Wir kommen zum entscheidenden Punkt: Wer trägt Verantwortung für die Demokratie und die Zukunft, wenn es Parteien, Staat und Politik nicht mehr wie früher tun? Demokratie – so sagt die Theorie – ist die politische Herrschaftsform, in der die Macht vom Volk ausgeht, aber nicht allein bei ihm liegt. Es gibt zwar die Mittel der direkten Demokratie, mit denen das Volk direkt ab- und mitbestimmt. Aber maßgeblich sind die in der jeweiligen Verfassung vereinbarten Organe der repräsentativen Demokratie.

In der Praxis haben die großen Lagerparteien den Menschen sehr lange vermittelt, sie allein würden für alles und jeden sorgen. Die Menschen wurden dadurch auch aus ihrer demokratischen Mitverantwortung entlassen und von gesellschaftlichem Engagement entwöhnt. Und das ist schlecht.

Ich sehe eine einzige Ausnahme hier in Europa und wahrscheinlich weltweit: die Schweiz. Dort ist regelmäßige Mitbestimmung durch Volksabstimmungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene schon lange fixer Bestandteil des öffentlichen politischen Lebens. Die Politik hat sich in der Schweiz ständig zu erklären. Und jede Bürgerin und jeder Bürger hat die Möglichkeit, über alles und jedes Meinungen zu formen, Abstimmungen zu initiieren und Entscheidungen herbeizuführen. Die politische Verantwortung in der Schweiz ist also geteilt zwischen Regierungen und Volk. Auch wenn man nicht mit allen Entscheidungen einverstanden sein mag, aber: Das ist Demokratie.

Ich habe im Vorjahr mehrfach mit Schweizer Politikern zu tun gehabt. Und sie erzählen mir immer das Gleiche: Auch wenn sie keine parlamentarische Mehrheit haben, gelingt es immer wieder, über Abstimmungsinitiativen und intensives Argumentieren für ihre Vorhaben so manches zu erreichen oder auch zu verhindern. Ich sage Argumentieren und nicht bewerben, weil es in der Schweiz keine Parteienförderung gibt, die viel Werbung erlaubt. Die Parteien sind sehr auf Mitgliedsbeiträge und Spenden und vor allem auf das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Straße angewiesen. Auch das unterscheidet die Schweizer Demokratie von anderen in Europa. Sie ist weit lebendiger und damit auch resistenter gegen antidemokratische politische Bestrebungen. Dieser Weg einer besser geteilten Verantwort-

tung könnte also ein Weg aus der Krise heutiger Politik und Demokratie sein.

Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher sind mit der Demokratie, wie sie in unserem Land praktiziert wird, unzufrieden. Sie wünschen sich vor allem mehr Mitsprache. Etwa die Direktwahl von Politikern. Und auch zweimal jährlich Volksabstimmungen. Ich meine: Wenn die Bürger eines demokratischen Staates das wollen, dann haben sie ein Recht darauf, das zu bekommen. Es braucht dazu den Mut der Politik, loszulassen und die Menschen zu ermuntern, wieder mitzureden und mitzuentcheiden. Denn unendlich wichtiger als der Erhalt eines Mandats ist der Erhalt der Demokratie selbst.

Mehr Mitbestimmung beginnt mit der Einbindung von Bürgern in kleinräumige Planungsentscheidungen. Einen Schritt weiter sind Bürgerbefragungen auf kommunaler und regionaler Ebene. Und schließlich auch Volksabstimmungen, vor denen Regierende aber meist Scheu haben.

Rechte Parteien haben Volksabstimmungen für sich entdeckt, weil sie polarisieren, wie es auch rechte Parteien tun. Teil ihrer Erzählung ist, Regierende würden Abstimmungen nicht wollen, weil damit der wahre Volkswille zum Durchbruch käme. Irgendwie haben sie recht. Denn seit die FPÖ in der österreichischen Bundesregierung ist, hat sie mit direkter Demokratie nicht mehr viel am Hut.

Es braucht also nicht die politischen »Riesen«. Es braucht uns alle. Von unserer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, hängen Freiheit und Demokratie ab. Unser aller Aufgabe ist es, die Zukunft neu zu erfinden, für sie zu werben und was zu tun. Dem »Empört Euch« von Stephane Hessel muss also auch ein »Werdet aktiv!« folgen, das der bedeutende deutsche Aktionskünstler und Sozialphilosoph Joseph Beuys bereits 1978 in seinem »Aufruf zur Alternative« formuliert hatte.

DIE PERSPEKTIVE

Politik findet immer statt. Nicht wählen zu gehen, verändert gar nichts, nicht mitzubestimmen ebenso. Politik ist – zumindest in Demokratien – immer mühsam, weil aus der Vielfalt an Interessen und Meinungen ein Konsens gefunden werden muss, mit dem möglichst viele leben können. Diese Konsensdemokratie ist möglich und macht Sinn. Im Österreich nach dem 2. Weltkrieg arbeiteten Wirtschaft und Gewerkschaften in einer Sozialpartnerschaft am Ausgleich der unterschiedlichen ökonomischen Interessen. Die Folgen waren

enormer Wohlstandszuwachs UND auch Zukunftshoffnung der Menschen. Man war überzeugt, dass die Zukunft nur Besseres bringen würde. Konsens zu suchen ist aber auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag für den Frieden in einem Land.

Ich persönlich möchte nicht ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft leben. Ich erhoffe mir vor allem eine Politik, die wieder mehr mit den Menschen auf gleicher Augenhöhe arbeitet. Wo politische Parteien zu offenen Organisationen und Bewegungen werden. Wo Medienkartelle abgelöst werden durch Medienvielfalt. Wo sich die Wirtschaft wieder auf die Aufgabe konzentriert, für den Bedarf der Menschen zu arbeiten und nicht allein für den Gewinn. Wo die Macht der Finanzmärkte, schwere Wirtschaftskrisen zu verursachen, beendet wird. Wo die Ausbeutung von Mensch und Natur beendet wird. Wo Lebensqualität von Menschen jenseits von Zahlen und Geld gemessen wird. Wo Menschenwürde und Menschenrechte geachtet werden. Wo es wieder mehr Empathie und Altruismus gibt und dadurch auch mehr Vertrauen und Rücksichtnahme untereinander. Und wo Europa insgesamt wieder ein Kontinent der Hoffnung wird.

Die Zukunft ist heute vielleicht kein planmäßig zu vollendendes historisches Großprojekt mehr, wie man früher meinte. Wie ein Tunnelbau, wo am Ende der Durchbruch ins gleißende Sonnenlicht gelingt. Aber Zukunft zu denken ist immer möglich. 

ANDREAS HÖFERL

ist Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung und Direktor des Landtags- und Gemeinderatsklubs der SPÖ Wien.

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



Marianne (My) ULLMANN, eine von
zwei Bildtafeln Die vier Evangelisten,
1926, Tempera auf Papier
© Universität für angewandte Kunst
Wien, Kunstsammlung und Archiv,
Inv.Nr. 10.206/B

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms

Mitte Februar hat die SPÖ die Diskussion des neuen Grundsatzprogramms gestartet. Das Einleitungskapitel des Diskussionspapiers, das in einigen Punkten auch Anleihen am Programm von 1978 nimmt, spannt einen inhaltlichen Bogen um die in den folgenden sieben Einzelkapitel cursorisch angerissenen Themen. Als Start der inhaltlichen Diskussion in den nächsten Ausgaben der ZUKUNFT dokumentieren wir hier das Einleitungskapitel, das Ausgangspunkt der inhaltlichen Forderungen des Programms sein könnte.

(1) Die Welt steht nicht still. Sie ist in stetem Wandel, der sich beschleunigt und immer wieder in Phasen regelrechten politischen und gesellschaftlichen Umbruchs übergeht. Alte Analysen überleben sich und es braucht neue Antworten. Sozialdemokratische Parteiprogramme müssen in solchen Zeiten die geistige und visionäre Kraft entwickeln, die neue Wirklichkeit zu analysieren und Ziele für die Zukunft zu formulieren. Im Jahr 1978 verabschiedete die SPÖ Bruno Kreiskys ein Grundsatzprogramm inmitten einer beginnenden tiefen globalen Krise des Kapitalismus. Es warnte davor, dass »drohende Massenarbeitslosigkeit und die Grenzen herkömmlicher Wirtschaftspolitik von reaktionären Kräften dazu benützt werden, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft als Krise des Staates darzustellen«. Damit drohe »wie in den dreißiger Jahren die Gefahr einer Schwächung der Demokratie«. Die Alternative dazu erkannte das Programm von 1978 in der »Reform der Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse« in der Wirtschaft, in der Weiterentwicklung der »politischen Demokratie und des Wohlfahrtsstaats zur sozialen Demokratie«.

(2) Trotz Krise war der Zeitgeist noch von Optimismus geprägt. Heute, 40 Jahre später, hat sich tatsächlich vieles zum Besseren verändert. Weltweit konnte – vor allem durch den Aufholprozess der Schwellenländer – die absolute Armut deutlich reduziert werden. Die Medizin hat enorme Fortschritte gemacht – viele Krebserkrankungen können heute geheilt werden, eine HIV-Diagnose ist kein Todesurteil mehr. Die Lebenserwartung steigt in vielen Regionen der Welt und Milliarden Menschen leben heute freier und selbstbestimmter. Noch nie in der Geschichte hatten so viele Menschen Zugang zu Wissen und Information – das Regale füllende Lexikon hat ausgedient, Wikipedia, eine frei zugängliche Online-Enzyk-

lopädie, zu der alle, die wollen, beitragen können, ist Teil unseres Alltags, und mehrere Milliarden Menschen haben mit dem Smartphone ein Instrument in der Jackentasche, mit dem sie Zugang zum Wissen der Welt haben.

(3) Das Ziel einer »sozialen Demokratie«, in der die Bürgerinnen und Bürger nicht nur am Wahltag eine Stimme haben, sondern die Geschicke des Gemeinwesens mitbestimmen, ist heute aber so unerreicht wie vor 40 Jahren. Die Sozialdemokratie war in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa mit einem mehr oder weniger erfolgreichen Abwehrkampf gegen die neoliberale Demontage des Sozialstaats beschäftigt. Sie hat dabei an Zustimmung und Unterstützung verloren. Wir lernen aus diesen Fehlern, indem wir uns entschlossen für eine gerechte Gesellschaft einsetzen und für ambitionierte Ziele eintreten.

(4) Der optimistische Geist ist einem anderen Zeitgeist gewichen. Das Modell des Nachkriegskonsenses der sozialen Marktwirtschaft wurde und wird in den hochentwickelten Industriestaaten von einem postdemokratischen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verdrängt. An die Stelle der Teilhabe der arbeitenden Menschen an Wohlstand und an wirtschaftlicher und politischer Macht tritt eine Dynamik, in der sozialer Aufstieg erschwert und bestehende Privilegien verfestigt und ausgebaut werden.

(5) Diese Entwicklung trägt heute maßgeblich zu den großen Instabilitäten in der Wirtschaft bei, bringt Unsicherheit ins Leben der Menschen und gibt ihnen oft das Gefühl, ihre Geschicke nicht in den Händen zu haben, sondern Spielball globaler Kräfte zu sein, auf die sie keinen Einfluss haben. Ge-

sellschaften zerreißen. Zu dieser neuen sozialen Frage kommt ein weitreichender Wandel unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse hinzu. Wir erleben eine atemberaubende technologische Veränderung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, eine rasant wachsende Ungleichheit innerhalb der Nationalstaaten, Klimaerwärmung und Umweltzerstörung, Kriege und Migrationsbewegungen. All das erfordert klare Analysen und entschlossenes politisches Handeln. Wir wollen die Chancen, die der technologische Fortschritt bietet, nutzen und den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels beherzt begegnen.

(6) Wir müssen uns an die Spitze des Fortschritts stellen, und zwar so, dass wir Risiken in Möglichkeiten verwandeln.

(7) An einer historischen Weggabelung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in der Welt, in Europa und in Österreich ist das neue Grundsatzprogramm der SPÖ daher Wegweiser und konkreter politischer Handlungsauftrag. Es entwickelt eine verwirklichte Vision unserer Gesellschaft, um die Demokratie zu verteidigen und auszubauen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse neu zu ordnen, die soziale Gleichheit und die Würde aller Menschen sowie das Vertrauen in die aktive Gestaltbarkeit – und Verbesserbarkeit – unserer Lebensverhältnisse (wieder)herzustellen.

(8) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung des Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft ist. Unsere Vision der sozialen Demokratie ist, die Klassengegensätze zu überwinden, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht zu verteilen.

(9) Wir kämpfen für die Freiheit und Würde des Menschen, für die volle Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Behinderung und sexueller Orientierung, und für soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Wir wollen die Würde und den Wert des Menschen sicherstellen und ein Recht auf gute Arbeit gewährleisten.

(10) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind die historische Freiheitsbewegung Österreichs. Wir haben Republik und Demokratie erkämpft und in jeder Phase unserer Geschichte mit ganzer Kraft verteidigt. Wir kämpfen bis heute gegen Unterdrückung und Gewaltherrschaft in der ganzen Welt und für die Wahrung und effektive Durchsetzung von Grund- und Freiheitsrechten und Pluralis-

mus sowie für die weitere Modernisierung und Demokratisierung unseres Landes.

(11) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt davon, dass unsere gesamten Lebensverhältnisse gestaltbar – also verbesserbar – sind. Der enormen wirtschaftlichen und politischen Macht einiger weniger wollen wir ein politisches Projekt der Vielen gegenüberstellen, das die Leidenschaft und das Herz jedes und jeder Einzelnen und das Wissen und die Kreativität aller mobilisiert.

DAS ERSCHÜTTERTE WIRTSCHAFTSSYSTEM

(12) In den letzten 40 Jahren hat sich das Wirtschaftssystem gewandelt. Eine Konzentration von Einkommen, Vermögen und Macht ging einher mit Privatisierung und Deregulierung von Dienstleistungs-, Güter- und Finanzmärkten, mit der Ausweitung der Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte, der Schwächung von Gewerkschaften und der Entdemokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte wachsen und machen die Weltwirtschaft krisenanfällig. Der große Finanzcrash 2008 war bisheriger Höhepunkt dieser krisenhaften Entwicklung. Aber das ist keine Entwicklung, die einfach so geschieht. Gesellschaftlicher Wandel und Machtstreben greifen ineinander.

(13) Die Mächtigen wurden mächtiger. Privilegierte spielen ihre Macht aus. Mehr denn je entscheiden heute Eigentümer und Manager der großen Konzerne über Produktion, Investitionen und Arbeitsplätze. Mehr denn je lassen sie sich dabei nicht von langfristigen Planungen und vom gesellschaftlichen Nutzen ihrer Entscheidungen, sondern von Konkurrenzdruck und kurzfristigen Profiterwartungen leiten. Und mehr denn je maßen sie sich an, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht direkt und indirekt Einfluss auf Politik und Gesetzgebung zu nehmen und damit nicht nur die wirtschaftliche Produktion, sondern auch die Spielregeln in Wirtschaft und Gesellschaft nach ihren Wünschen umzugestalten.

(14) Wir wollen zeigen, dass es Alternativen zu einer Wirtschaftsordnung gibt, die der Wettbewerbsfähigkeit alles unterordnet. Heute erfordert die Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Verteilung von Reichtum und Macht und ein neues Selbstverständnis demokratischer Gemeinwesen. Die schon heute unbestrittene Rolle von Staaten für die Bereitstellung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Grundlagen für unternehmerische Erfolge muss

sich auch in der Beteiligung der Gemeinschaft an diesen Erfolgen wiederfinden.

DIE SOZIALE HERAUSFORDERUNG – GUTE ARBEIT FÜR ALLE

(15) Die vielbeschworene »Leistungsgesellschaft«, in der Wohlfahrt für alle möglich ist, wurde in den letzten Jahrzehnten durch eine Gesellschaftsordnung ersetzt, in der bestehender Reichtum und Privilegien die Voraussetzung für sicheren Wohlstand sind. Eine ganze Generation junger Menschen erlebt heute als »Generation Praktikum«, dass Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude nicht notwendigerweise honoriert werden. Hart arbeitende Menschen, die sich mit ihrem Arbeitseinkommen kaum über Wasser halten können und Einkommensverhältnisse, in denen jede schwerere Erkrankung in der Familie, jedes ausfallende technische Gerät, jede unerwartete Rechnung Familien in eine Krise stürzt, sind keine Einzelfälle. Wer erbt, gewinnt. Wer nicht erbt, hat keine Garantie, dass sich Fleiß und Leistung lohnen.

(16) Der Boden unter den Füßen vieler Menschen schwankt und wird brüchig. Die soziale Unsicherheit in unserer Gesellschaft berührt auch jene, deren soziale Lage eigentlich gut ist, die aber die Gefahren eines sozialen Abstiegs fürchten. Rechte Parteien versuchen aus dieser Verunsicherung Kapital zu schlagen, indem sie Fragen sozialer Ungleichheit vorrangig zu ethnischen Fragen oder zu Fragen nationaler Identitäten umzudeuten versuchen oder unterschiedliche Gesellschaftsschichten gegeneinander aufwiegeln.

(17) Die Sozialdemokratie muss heute dafür kämpfen, eine existenzsichernde, würdevolle Arbeit für alle zu garantieren.

POSTDEMOKRATIE ODER SOZIALE DEMOKRATIE

(18) Angst gebiert autoritären Geist, schwindende Hoffnungen vergiften Gesellschaften von innen. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft, die einseitige Verteilung von Reichtum und dessen Missbrauch zur Ausübung politischer Macht stellen daher die Funktionstüchtigkeit der politischen Demokratie in Frage.

(19) Postdemokratie heißt, dass die Menschen nicht mehr an die Gestaltbarkeit der Gesellschaft glauben, dass sie soziale Ausgrenzung erfahren und passiv werden. Ein Zustand, der darüber hinaus die Gefahr birgt, dass autoritäre, antidemokratische Bewegungen mit ihren Parolen gegen »das System« auf

fruchtbaren Boden treffen. Sie missbrauchen den berechtigten Ärger vieler Menschen, um ihn gegen irrationale Feindbilder zu richten und für autoritäre Parolen zu mobilisieren.

(20) Die Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien quer durch Europa in den letzten Jahren sind eine direkte Folge wachsender sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft, ihrer undemokratischen Folgewirkungen und der sinkenden Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger – Phänomene, die den Trend zur Entsolidarisierung verstärken.

(21) Eine funktionierende Demokratie setzt ein funktionstüchtiges Gemeinwesen voraus, in dem alle Menschen Sicherheit verspüren, aber auch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Nur wenn alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können, sind sie verlässliche Stützen eines demokratischen Systems. Wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Fragen sind deshalb für uns untrennbar miteinander verbunden. Die Verteidigung der politischen Demokratie erfordert heute ihre Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie.

AUSBRUCH AUS GESCHLECHTERROLLEN, DIE FRAUEN UND MÄNNER EINSCHRÄNKEN

(22) Gemeinsam mit der Frauenbewegung hat die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung der Frauen erfolgreich vorangetrieben. Seit den 1970er-Jahren konnten die rechtliche Gleichstellung – vom Ehegesetz bis zu den Kollektivverträgen – durchgesetzt, und vom Gewaltschutzgesetz bis zum Gleichbehandlungsrecht viele neue rechtliche Instrumente geschaffen werden. All das hat einiges verändert: Frauen haben heute im Durchschnitt eine höhere Qualifikation als Männer und ihre Erwerbsbeteiligung ist in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegen, viele Frauen haben also eine Berufslaufbahn. Frauen sind heute selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens und der Politik. Viele Väter beteiligen sich an Haushalt und Kinderbetreuung.

(23) Aber es gibt immer noch eine Kultur, die Frauen klein hält, ihr Selbstbewusstsein untergräbt, die Respektlosigkeit für normal ansieht und ihnen viele unsichtbare Hürden in den Weg legt. Ökonomische Chancenungleichheit ist zugleich Folge und auch Ursache davon. Allen Fortschritten und der allmählichen Veränderung von Rollenbildern zum Trotz ist die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht: Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen konnte bis heute nicht geschlossen werden, Haus- und Erziehungsarbeit wird noch überwiegend von Frauen geleistet.

Frauen sind dadurch öfter und stärker von Altersarmut betroffen. Machtungleichgewichte und ein Statusgefälle zwischen den Geschlechtern sind mit ein Hauptgrund, warum physische und psychische Gewalt für einen großen Teil der weiblichen Bevölkerung furchtbare Realität ist. Dort etwa, wo alle Machtpositionen von Männern besetzt sind, sind auch sexuelle Übergriffe häufiger.

(24) Die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung hat mit der rechtlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Dem Anspruch vieler Männer, sich stärker in die Familienarbeit einbringen zu wollen, steht eine Arbeitsmarktentwicklung gegenüber, die für familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer wenig Spielraum eröffnet. Vor diesem Hintergrund – und verschärft durch das geschlechterspezifische Einkommensgefälle – bleiben traditionelle Rollenbilder auch dort oftmals bestehen, wo Eltern ganz andere Absichten verfolgen. Frauen mit Kindern werden gesellschaftlich aus existenzsichernder Erwerbsarbeit verdrängt – mit allen negativen Folgewirkungen für die soziale Absicherung, die Einkommensentwicklung, die Unabhängigkeit von Frauen, aber auch für viele private Beziehungen. Hier offenbart sich besonders stark, wie das Politische ins Private hineinwirkt.

(25) Gewiss: Der Fortschritt ist da, aber er ist auf halbem Weg stecken geblieben. Ein Widerspruch, den konservative Gruppen für eine verstärkte antifeministische Agitation benutzen. Sie machen den Feminismus verächtlich und beklagen, dass Männer »umerzogen« werden sollen. Sie beschwören die »gute alte Zeit«, in der das Modell des männlichen Alleinverdieners für vermeintliche Stabilität gesorgt habe und beklagen, dass der Feminismus diese Werte zersetze. Nicht selten wird die Wirklichkeit propagandistisch auf den Kopf gestellt. Da wird die Doppelbelastung der Frauen dem Feminismus zugeschrieben, dann wieder die angebliche »Ausbeutung« von Männern und ihre vermeintliche Benachteiligung beklagt, etwa im Fall des Scheiterns von Partnerschaften oder gar eine Diskriminierung von Männern attestiert, wenn einmal nicht der Mann die Chefstelle bekommt. Wie auch in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden dagegen an, bestehende soziale Probleme durch rückwärtsgewandte Erklärungsmuster zu verschleiern und gesellschaftliche Fortschritte zurückzudrehen, Frauenrechte zu beschneiden und Ungleichheit zu befördern. Aber ankämpfen heißt für uns weitergehen. Antifeminismus kann man nur mit mehr Feminismus bekämpfen.

(26) Während die Bewusstseinsbildung über neue Rollenbilder durchaus Fortschritte macht und gleichzeitig dringend weiter vorangetrieben werden muss, sind es heute vor allem auch die sozialen und wirtschaftlichen Umstände, die Machtungleichheiten, die geschriebenen und die ungeschriebenen Regeln, die verändert werden müssen. Nur so kann nach der rechtlichen auch die soziale Gleichstellung der Geschlechter durchgesetzt werden. Nur durch die gezielte Verfolgung echter sozialer Gleichstellung kann Versuchen, »klassische Rollenbilder« wieder zu popularisieren, wirkungsvoll begegnet werden. Die gleiche Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern nimmt dabei eine zentrale Stellung ein und hebt hervor, dass der Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter auch ein Kampf um die gerechtere und gleichere Verteilung von Ressourcen zwischen Reichen und weniger Vermögenden ist.

(27) Gleichzeitig führen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen entschlossenen Kampf gegen unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen und setzen sich für Einkommenstransparenz und die gleiche Vertretung von Männern und Frauen in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schlüsselstellungen ein. Frauenquoten sind auf diesem Weg ein notwendiges Mittel, um die faktisch gegebenen Männerquoten in diesen Bereichen aufzubrechen.

(28) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen in feministischen Bewegungen und im Kampf zur Gleichstellung der Geschlechter einen Kampf im Interesse aller – Männer, Frauen und Kinder. Die Durchsetzung gleicher Einkommen und Lebenschancen für Frauen ermöglicht es gleichzeitig den Männern, vielfach gewünschte berufliche Freiräume zu gewinnen, um sich Kindern, Pflege- und Erziehungsarbeit zu widmen. Die alte Forderung der Frauenbewegung »Die Hälfte der Familien für die Männer« ist untrennbar mit der Forderung »Die Hälfte der Einkommen für die Frauen« verbunden. Pro-feministische Männerpolitik als Teil sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik hat das Ziel, Männern wie Frauen durch eine neue Arbeitszeitpolitik und andere Maßnahmen eine gleiche Beteiligung am Erwerbs- wie am Familienleben zu ermöglichen. Nur dann, wenn alle Menschen ihre Ziele verwirklichen können, kann der Einzelne wirklich frei sein. Deswegen befreit der Kampf für neue Rollenmuster nicht nur Frauen, sondern auch Männer aus Rollenklischees.

DIE ÖKOLOGISCHE ÜBERLEBENSFRAGE

(29) Die Klimakatastrophe droht nicht – wir stecken mitten

drin. Die ökologische Frage ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zentral und drängend, denn es geht um nicht weniger als um die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschheit. Die globale Klimaerwärmung und die damit verbundenen Klimaveränderungen sind längst keine Theorie, sondern erlebbare Realität. Sie zerstören schon heute weltweit die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen und beeinträchtigen die Lebensqualität hunderter Millionen weiterer. Auch in Österreich sind die konkreten Auswirkungen, etwa in der Landwirtschaft und im Tourismus, längst spürbar.

(30) Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen wir nicht nur die sozial ungleiche Verteilung der Belastungen, die durch Umweltzerstörung und den Klimawandel entstehen, sondern wir erachten auch die Veränderung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen für die erfolgreiche Bekämpfung von Klima- und Umweltzerstörung als wesentlich. Denn eine grundlegende Umgestaltung unserer Produktions- und Lebensweise ist keine moralische Frage und nicht allein durch individuellen Verzicht erreichbar. Umweltzerstörung ist die Folge einer Wirtschaftsweise, in der quantitatives Wachstum, die Erzeugung von Konsumbedürfnissen und der Raubbau an Ressourcen die Grundlage kurzfristiger Profitmaximierung ist. Die nachhaltige Senkung von Treibhausgasemissionen setzt eine grundlegende Umgestaltung unserer Raumentwicklung voraus, von Verkehrsorganisation, Energieerzeugung und -verbrauch, aber auch eine Umgestaltung unserer Lebensmittelerzeugung im Sinne der Stärkung regionaler Produktions- und Verbrauchskreisläufe. Diese Aufgabe kann nicht den Märkten allein überlassen bleiben, sondern erfordert die bewusste, strategische Gestaltung durch Staaten und die Politik. Sichere und gesunde Nahrungsmittel, reine Luft und sauberes Trinkwasser sowie intakte Grün- und Erholungsräume sind für alle Menschen ein unabdingbares Grundbedürfnis. Wir sehen die an die Wurzel gehende Behandlung der ökologischen Herausforderungen als Teil einer umfassend zu beantwortenden sozialen Frage.

VOM TECHNISCHEN ZUM SOZIALEN FORTSCHRITT – AUS RISIKEN MÖGLICHKEITEN MACHEN

(31) So wie die Dampfmaschine das Zeitalter der Industrialisierung eingeläutet hat, hat in den vergangenen Jahrzehnten die rasante Weiterentwicklung der Computer- und Informationstechnologie die Wirtschaft grundlegend umgestaltet. Die Digitalisierung der Ökonomie ist keine abstrakte Zukunftsvision, sie ist längst Realität.

(32) So wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor mehr als 100 Jahren die Industrialisierung, Innovationen und die Weiterentwicklung der Produktivkräfte als notwendige Voraussetzung für die Überwindung einer Gesellschaft der Not und der Ausbeutung begrüßt haben, da sie Reichtum produzieren und die Menschen von mühseliger Plackerei befreien können, so sehen wir heute die großen Möglichkeiten einer digitalisierten und automatisierten Wirtschaft. Sie verändert die Art wie wir arbeiten, kommunizieren und unsere Freizeit gestalten und verlangt eine entsprechende Umgestaltung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats, des Arbeitsrechts und darüber hinaus.

(33) Viele ArbeitnehmerInnen nehmen die Veränderungen als Bedrohung wahr, als Erschütterung bekannter und vertrauter Abläufe und Routinen und als Angriff auf den Wert ihrer Arbeitsleistung und ihrer Würde am Arbeitsplatz.

(34) Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren immer die zupackende Kraft der Modernisierung. Wir begreifen uns als Partei des Fortschritts und der Veränderung – im Dienste der Menschen. Wir begrüßen und unterstützen aus ganzer Kraft die Anwendung neuer Technologien, die den Menschen neue Möglichkeiten eröffnen und Arbeiten erleichtern, und wir wollen sicherstellen, dass der technologische dem sozialen Fortschritt und nicht in erster Linie den Profiten weniger dient.

ÖSTERREICH IN EUROPA – DIE EU VORWÄRTS BRINGEN

(35) Für unser Land – dieser positive Bezug zu Österreich nährt sich nicht aus einem plumpen Nationalismus, der sich über andere Länder und Menschen stellt und diese damit abwertet, sondern aus dem Bewusstsein, was ein starkes Gemeinwesen für Wohlstand, Solidarität und sozialen Zusammenhalt erreicht hat und erreichen kann. Das ist eine Art sozialer Patriotismus, der nicht gegen andere ist, sondern dafür, das eigene Land vorwärts zu bringen. Wer sein Land liebt, verbessert es. Wir sind selbstbewusste Österreicherinnen und Österreicher, weil Österreich ein Land mit einem starken Sozialstaat und einer großen Dichte an gemeinschaftlichem Engagement ist, ein Land der Tradition des sozialen Ausgleichs, ein Land der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts; ein Land, in dem der wirtschaftliche Fortschritt immer auch mit der Steigerung des Wohlstands für alle verbunden war. Auf das, was gut funktioniert in unserem Land, können wir zurecht stolz sein – weil es das Resultat der Anstrengungen von vielen Männern und

Frauen ist, die sich dafür engagiert und, etwa im Kampf um die Demokratie, sogar ihr Leben riskiert haben.

(36) Aber heute gibt es eine Vielzahl von politischen, sozialen und ökonomischen Problemen und Herausforderungen, von denen wir wissen, dass sie nicht alle in einem kleinen Land wie Österreich bewältigt werden können. Deshalb ist für uns ein gemeinsames Europa eine zentrale sozialdemokratische Idee.

(37) Heute ist dieses gemeinsame Europa in der Europäischen Union teilweise verwirklicht worden. Doch eine Welle des Nationalismus droht dieses Europa wieder zu zerstören. Die tieferen Ursachen für diese Bedrohung liegen in Konstruktions- und Entwicklungsfehlern der Europäischen Union: Durch die Überbetonung von freiem Kapital- oder Warenverkehr und den anderen einfachen Grundfreiheiten gegenüber sozialen Entwicklungszielen und ihrer radikalen Durchsetzung. Durch eine fundamentalistische Kürzungspolitik und die dadurch bewirkten sozialen Verwerfungen, bricht Europa in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger das mit der europäischen Idee lange verbundene Wohlstandsversprechen.

(38) Gerade weil viele politische Veränderungen ihre Durchsetzung auf europäischer Ebene erfordern, kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine grundlegende Veränderung Europas. Viele unserer Forderungen können und werden auf nationaler Ebene umgesetzt oder angestoßen. Nachhaltige Lösungen, von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis hin zur Herstellung von Steuergerechtigkeit setzen aber europäische Lösungen voraus. So wie sich unser positives Bild von Österreich nur durch die Schaffung einer Nation des Wohlstands, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit entwickeln konnte, kann sich die Stabilisierung und positive Entwicklung der Europäischen Union nur durch konkrete Taten für ein Europa des Wohlstands, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit durchsetzen lassen. Die Europäische Union wird nur dann wieder die volle Zustimmung aller Menschen zurückgewinnen können, wenn sie das Versprechen hält, Wohlstand für alle zu schaffen.

SOLIDARITÄT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

(39) Das starke Wachstum einer zunehmend vernetzten Weltwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten viele aus bitterer Armut und Elend geführt. Aber nicht alle haben von der Globalisierung profitiert: so haben sowohl westliche Mittelschichten

als auch die allerärmsten Einkommensgruppen, etwa in Afrika, kaum Verbesserungen erlebt. Zu letzterem tragen auch die Industrieländer bei, die durch ihre Agrar- und Handelspolitik Armut exportieren. Am meisten haben jene dazugewonnen, die ohnehin schon viel haben: das oberste Prozent. Die Globalisierung hat enorme Ungleichheit produziert, sowohl innerhalb von Nationen als auch zwischen Staaten und ganzen Weltregionen. Und sie hat dazu beigetragen, dass wir die natürlichen Grenzen unseres Planeten in vielen Bereichen überdehnen und sprengen. Wir verstehen uns als Teil einer internationalistischen Bewegung und sind der Überzeugung, dass wir die globale Ungleichheit nur durch Kooperation und Koordination über Nationalstaaten hinweg bekämpfen können. So wie wir innerhalb des Nationalstaats gegen ein Menschenbild des »Jeder gegen Jeden« eintreten, so können wir auch auf internationaler Ebene nicht akzeptieren, dass das Glück der einen auf dem Leid der anderen gründet. Denn ein System, das das Elend und die Chancenlosigkeit vieler anderer voraussetzt, wird nie nachhaltig oder fortschrittlich sein. Internationale Solidarität ist deshalb eine der Leitideen unseres politischen Handelns. Unser Ziel ist globaler Wohlstand, das heißt: ein ökologisch tragbares, menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle.

EINE VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT...

(40) Unsere Gesellschaft verändert sich rasant und umfassend. Österreich wird bunter und vielfältiger. Rund ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Die Zahl der älteren Menschen in Österreich wächst und wird in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Geburten in Österreich stark an. Immer mehr Menschen bekennen sich, trotz noch immer bestehender Diskriminierungen, zu ihrer Homosexualität. Immer mehr Menschen leben in Patchworkfamilien.

(41) Das Gewohnte schwindet und das führt zu Konflikten über die kulturelle Identität unserer Gesellschaft, gelegentlich auch zur aggressiven Abwehr des Neuen. Migrantinnen und Migranten werden als Sündenböcke für soziale Fehlentwicklungen missbraucht. Offen lebende Homosexuelle, Alleinerzieherinnen und Patchworkfamilien werden als VerursacherInnen von als negativ oder irritierend empfundenen gesellschaftlichen Umwälzungen dargestellt.

(42) Wir verstehen, dass es auch zu Überforderungen kommen kann, wenn das Gewohnte dem Ungewohnten Platz macht, aber als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

lehnen wir Versuche der Spaltung unserer Gesellschaft ab, erst recht dann, wenn sie zu einem »Wir gegen sie« eskalieren. Die großen sozialen Herausforderungen unserer Gesellschaft brauchen keine Sündenböcke, sondern grundlegende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen und neue Vorstellungen davon, was uns eigentlich zusammenhält. Denn uns leitet eine Gewissheit: Auch wenn unsere Gesellschaften bunter und diverser werden, es verbindet uns mehr, als uns trennt.

(43) Mit dem Pensionsthema wird seit Jahren versucht, die ältere und die jüngere Generation gegeneinander auszuspielen. Doch haben sie in der Pensionsfrage ein völlig identisches soziales Interesse: Die gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen, die den Jüngeren Chancen am Arbeitsmarkt und den Älteren ihre hart erarbeitete Pension garantiert.

... BRAUCHT NEUE ALLIANZEN

(44) Um als sozialdemokratische Bewegung wieder an alte Stärken anknüpfen zu können, müssen wir als Bewegung die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Die Sozialdemokratie war und ist die Partei der arbeitenden Menschen. Wir sind die Partei der klassischen IndustriearbeiterInnen, aber auch des neuen Dienstleistungsproletariats. Wir sind die Partei der kleinen Selbstständigen, der hart arbeitenden Angestellten, der kreativen Ein-Personen-UnternehmerInnen, der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir sind die Partei aller Menschen, deren Arbeitseinsatz die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt ist.

(45) Die Sozialdemokratie ist immer schon ein Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Milieus gewesen, die durch gemeinsame Ideale verbunden sind. Das machte uns zur Volkspartei im besten Sinne. Das sozialdemokratische Projekt besteht deshalb seit jeher darin, die gemeinsamen Interessen dieser Gruppen gegen die Interessen der wirtschaftlich und politisch Privilegierten, gegen die Macht des großen Geldes durchzusetzen. Wir kämpfen für die soziale Absicherung aller arbeitenden Menschen, für das Prinzip, dass sich Leistung und nicht Herkunft oder ererbtes Vermögen lohnen muss. Wir kämpfen für eine Wirtschaftsordnung, in der unternehmerische Initiative nicht Maximierung von Konzernmacht bedeutet, sondern die das Austüfteln neuer Ideen und das Verbreiten innovativer Konzepte nach sich zieht. Das Ziel des Wirtschaftens ist die nachhaltige Sicherung unserer Lebensgrundlagen und nicht der Profit auf Kosten von Umweltzerstörung, sozialer Gleichheit und Menschenrechten.

(46) Diese Politik erfordert die grundlegende Infragestellung der bestehenden Reichtums- und Machtstrukturen, eine Neuverteilung von Einkommen und Vermögen sowie eine Demokratisierung der Wirtschaft. Eine solche Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Kraft und Solidarität der vielen gegen die enormen wirtschaftlichen und politischen Privilegien der wenigen mobilisiert. Die Sozialdemokratie erkennt die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft an und sieht es als ihr Ziel, diese Vielfalt für ein gemeinsames politisches Projekt zusammenzuführen. 

ÄSTHETIK
DER
VERÄNDERUNG
MAK



Christa Sommerer & Laurent Mignonneau, Portrait on the Fly, 2015
© Christa Sommerer & Laurent Mignonneau

Rosa Spielzeug, Pride Paraden & Winterkometen



Rebecca Solnit
DIE MUTTER ALLER FRAGEN

Übersetzt von Rebecca Solnit, Kathrin Razum und Bettina Münch. »Warum haben Sie keine Kinder?« Diese »Mutter aller Fragen« wird Rebecca Solnit hartnäckig von Journalisten gestellt. Rebecca Solnit erklärt in ihren Essays u. a., warum

fünfjährige Jungen auf rosa Spielzeug lieber verzichten, und nennt 80 Bücher, die keine Frau lesen sollte und setzt sich gegen jedes Schubladendenken zur Wehr.

Tempo Verlag, 200 Seiten, 20,60 Euro



David Motadel
FÜR PROPHET UND FÜHRER

Aus dem Englischen von Susanne Held und Cathrine Hornung. David Motadel stellt erstmals umfassend die Islampolitik des NS-Regimes dar und schildert die Geschichte der Millionen Muslime unter deutscher Herrschaft. Der Historiker veranschaulicht, dass und wie sich das Dritte Reich als

Schutzherr der Muslime präsentierte und deren Glaube für geopolitische wie militärische Zwecke instrumentalisierte.

KLETT-COTTA, 568 Seiten, 30,80 EUR



Dennis Altman, Jonathan Symons
QUEER WARS

Aus dem Englischen von Hans Freundl. Das Buch zeigt vor allem die enormen Fortschritte, die mutige und stetige Kämpfe der LGBTIQ-Bewegung in den letzten Jahrzehnten durchsetzen

konnten. Die beiden australischen Wissenschaftler beschreiben weltweit verbreitete Ausdrucksformen wie etwa die Pride Parade und die Zusammenhänge mit dem Feminismus und der AIDS-Bewegung.

KLAUS WAGENBACH, 160 Seiten, 18,50 Euro



Andreas Bähr
DER GRAUSAME KOMET

Wenn Gott den Menschen den Krieg erklärt. Als Beginn des Dreißigjährigen Krieges gilt der Prager Fenstersturz im Mai 1618. Für die Zeitgenossen jedoch war ein anderes Ereignis ausschlaggebend. Als im Dezember desselben Jahres ein heller »Winterkomet« mit einem rutenförmigen Schweif am Himmel

erschien, sahen sie in ihm eine Botschaft Gottes, die nichts Gutes verhieß.

ROWOHLT, 304 Seiten, 20,60 Euro



François Jullien
ES GIBT KEINE KULTURELLE IDENTITÄT

Aus dem Französischen von Erwin Landrichter. Es geht die Angst vor einem Verlust der kulturellen Identität um, und es formieren sich die selbsterklärten Retter. Doch gibt es überhaupt eine kulturelle Identität? Das Wesen der Kultur,

so Jullien, ist die Veränderung. Er plädiert dafür, Bräuche, Traditionen oder eine gemeinsame Sprache als Ressourcen zu begreifen, die allen zur Verfügung stehen.

SUHRKAMP, 80 Seiten, 10,30 Euro



Andreas Rossmann
MIT DEM RÜCKEN ZUM MEER

Aus einem sizilianischen Tagebuch. Mit Fotografien von Barbara Klemm. Ein etwas anderes Buch über Sizilien, das nicht die Sehenswürdigkeiten abfährt. Der Autor hat auf seinen Wegen, oft Umwegen, eine Gegenwart voller Überraschungen

und Entdeckungen, die im Schatten der übermächtigen Geschichte lebt, wahrgenommen, die in den Kunst- und Reiseführern nicht vorkommt.

VERLAG WALTHER KÖNIG, 200 Seiten, 18,60 Euro

Von Kreisky zu Kneissl

Dieser Tage ebbt die Vergleiche mit Bruno Kreisky nicht ab. Die FPÖ preist Karin Kneissl als weiblicher Kreisky. Auch der FPÖ-Chef und nunmehrige Vizekanzler lässt nichts aus, um sich auf Kreisky zu berufen. So äußerte er erst vor wenigen Wochen, Kreisky hätte Strache gewählt. Es ist nicht nur eine Beleidigung, wenn Rechtspopulisten meinen, einen großen sozialdemokratischen Staatsmann, der wie keine andere Persönlichkeit die Zweite Republik geprägt hat, für sich vereinnahmen zu müssen. Es ist auch schlichtweg falsch. Das Verständnis von Außenpolitik ist ein diametral anderes. Bruno Kreiskys Leben war geprägt vom Aufstieg des Faschismus. Er hat erlebt, wie Juden aus den Universitäten geprügelt wurden und aus allen Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen wurden. Er hat die Massenarbeitslosigkeit mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Menschen erlebt. Er hat politische Verfolgung erlebt, er saß im Gefängnis, musste ins Exil gehen und war jahrelang getrennt von seiner Heimat. Er hat erlebt, dass er bei seiner Rückkehr nicht wirklich willkommen war. Man muss in seinem Leben nicht Krieg und Zerstörung erlebt haben, um ein weiser und reflektierter Mensch zu werden. Aber was Bruno Kreisky ausgezeichnet hat, war seine politische Überzeugung und sein Ideal von einer Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und alle Menschen gleichwertig sind. Diese Achtung für alle Menschen trug er tief in sich und das über Grenzen hinweg.

Deshalb war er auch in der Dritten Welt so beliebt: Weil er Menschen aus Entwicklungsländern mit Wertschätzung und auf Augenhöhe begegnet ist. Er war davon überzeugt, dass es in der Macht des Menschen liegen würde, ein gerechtes Weltsystem zu schaffen, und hat dieses Ziel gewissenhaft und konsequent verfolgt. Der Nord-Süd Dialog war daher zentral in seiner Außenpolitik, und dass er sich mit dem Nahostkonflikt so intensiv auseinandergesetzt hat, lag seiner weisen Voraussicht zugrunde, dass dieser Konflikt ein Pulverfass für die gesamte Region sei. Damit hat er recht behalten. Aktive österreichische Außenpolitik bedeutete aus den verheerenden

Folgen des Nationalismus und Faschismus zu lernen und diese in den Dienst des Friedens und der Diplomatie zu stellen.

Wo ist dieser Ansatz heute geblieben? Passiert das heute auch noch in einem ausreichendem Ausmaß? Ich denke nicht, denn es fehlt zum einen eine internationale Perspektive in der man versucht, die Welt als Ganzes zu begreifen, zum anderen ist der Nationalismus auf dem Vormarsch. Und dass die FPÖ versucht hier außenpolitische Linien vorzugeben, und die bisherigen österreichischen Positionen mit permanenten Grenzüberschreitungen über Bord zu werfen, davon wurden wir zur Genüge Zeugen in den letzten Wochen. Zum Beispiel, wenn die FPÖ versucht, in der längst befriedigend gelösten Südtirol-Frage zu zündeln. Italien schüttelt nur den Kopf über den Vorstoß mit den Doppelstaatsbürgerschaften.

Aufgabe der Außenpolitik ist es, Vorurteile zu überwinden und globale Sicherheit durch politischen und sozialen Ausgleich zu fördern. Umso verstörender ist es da, wenn die neue Außenministerin in ihrem 2012 veröffentlichten Buch zum arabischen Frühling »Testosteron – Macht – Politik« stattdessen stark auf biologistische Thesen zurückgreift: Denn die Grundthese dieses Buches baut auf der Prämisse auf, das politische Massenmobilisierung quer durch die Weltgeschichte von jungen, Testosteron-gesteuerten Männern getragen wurde.

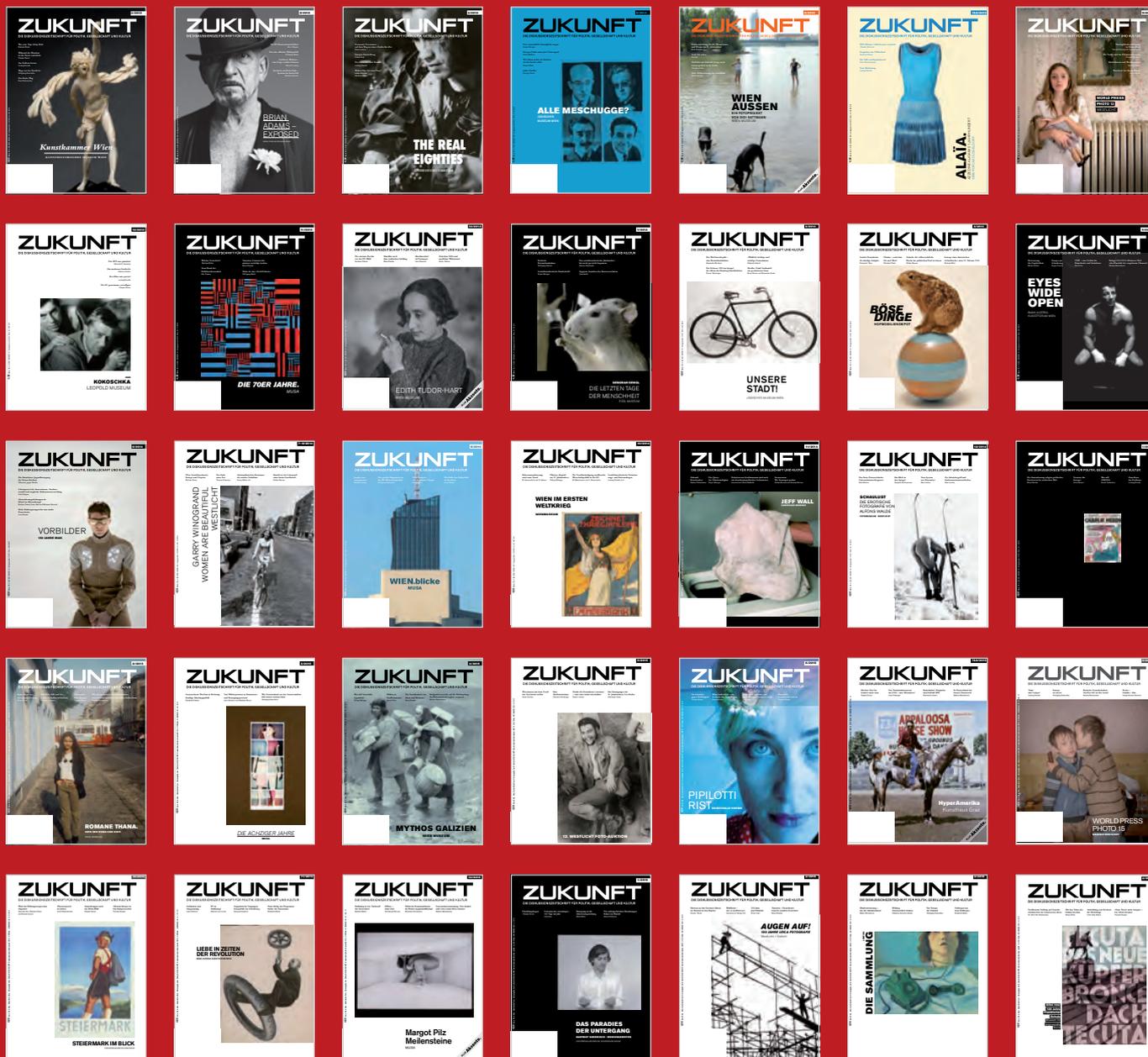
In ihrem neu erschienen Buch »Wachablöse. Auf dem Weg in die Chinesische Weltordnung« kommt Kneissls biologistische Ideenwelt sogar als permanentes Hauptargument vor. Chinas Außenpolitik sei von jungen Testosteronbomben bestimmt. Bezeichnend ist, dass ihr Chinabuch im Frank-und-Frei-Verlag erschienen ist, dem Verlag der Team-Stronach-Akademie. Was Kneissl offenbar will, ist eine Rückkehr von Biologismus und Kulturessentialismus in die Wissenschaften. Mit anderen Worten: Es werden gefährliche, obskure, scheinwissenschaftliche Thesen verbreitet. Es darf vor allem auch nicht verwundern, dass sie letztlich ihre ideologische Heimat in der FPÖ gefunden hat und sie regelmäßig unzensuriert In-

terviews gibt. Der Biologismus passt ja auch sehr gut in die Ideologien rechter und nationalistischer Parteien hinein.

Diese Thesen werden nicht weniger gefährlich, wenn man an Elite-Einrichtungen studiert hat. Mit populärwissenschaftlichen Thesen und fragwürdigen Anekdoten wird der außenpolitische Mainstream bedient, China als unterschätzten wirtschaftspolitischen Gegner Europas und den Islam als kulturellen Gegner Europas darzustellen. Von da ist es nur ein kleiner Schritt, das eigene Handeln in Abgrenzung zur angeblichen Minderwertigkeit anderer Kulturen zu sehen.

Kreiskys Politik war allerdings eine fundamental andere. Seine Weltanschauung und sein Menschenbild gründete auf den Fundamenten der Sozialdemokratie, des dialektischen Materialismus – ein diametraler Gegenpol zu Kulturessentialismus und Biologismus. Kreisky hat sich nicht auf angebliche kulturalistische Erklärungsmuster eingelassen, er hat klar gesehen, dass den meisten gegenwärtigen Konflikten Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit zugrunde liegen. Er hat sich der genauen Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge verpflichtet gefühlt. Seine Fact-Finding-Missions in den Nahen Osten dauerten rund zwei Jahre. In diesen zwei Jahren ließ er kein einziges Land der gesamten Region aus, von Nordafrika bis in den Nahen Osten. Er nahm sich viele Stunden für die unzähligen Gespräche Zeit, um zu verstehen was vor sich ging und die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Am Ende war der Bericht fertig, der später noch als inhaltliche Grundlage für den Osloer Friedensprozess dienen sollte. Kreisky hätte sich niemals zu kulturessentialistischen Thesen verleiten lassen, dazu war er von der Gleichheit des Menschen viel zu sehr überzeugt. Unsere sozialdemokratische Aufgabe ist es, diesen Geist fortzuführen. Das sind wir auch Bruno Kreisky schuldig. 

Muna Duzdar
ist Abgeordnete zum Nationalrat.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: